

Substanzielles Protokoll 117. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. September 2016, 17.00 Uhr bis 21.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Ezgi Akyol (AL), Adrian Gautschi (GLP), Marcel Savarioud (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2016/295 * | Weisung vom 07.09.2016:
Kultur und Liegenschaftenverwaltung, Cabaret Voltaire,
Betriebsbeiträge 2017–2020 und langfristige Sicherung durch
Liegenschaftentausch mit der Anlagestiftung Swiss Life,
Objektkredit | STP |
| 3. | 2016/296 * | Weisung vom 07.09.2016:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2016 | STR |
| 4. | 2016/298 * | Weisung vom 07.09.2016:
Sozialdepartement, Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren,
Gemeinschaftszentrum Heuried, Beiträge 2017–2018 für
Angebote im Sozialraum Manesse und Friesenberg | VS |
| 5. | 2016/309 * | Weisung vom 14.09.2016:
Elektrizitätswerk, Solardienstleistungsmarkt, Rahmenkredit
«New Business Solar» | VIB |
| 6. | 2016/289 *
E | Postulat von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Michel Urben (SP)
vom 31.08.2016:
Erweiterung des Holzstegs der Frauenbadeanstalt in der Limmat | VSS |
| 7. | 2013/49 | Weisung vom 07.09.2016:
Motion von Guido Trevisan (GLP) und Gian von Planta (GLP)
betreffend Papierwerd-Areal, Neugestaltung zu einem offenen
Platz sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts, Antrag auf
Fristerstreckung | VTE |

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 8. | 2016/118 | Weisung vom 13.04.2016:
Geschäftsbericht 2015 | STR |
| 9. | 2016/214 | Weisung vom 15.06.2016:
Trimesterbericht I/2016 zu den Globalbudgets | STR |
| 10. | 2015/339 | Weisung vom 11.11.2015:
Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion betreffend Ausbau
der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden
Massnahmen, Bericht und Abschreibung | VTE |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärungen:

Helen Glaser (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Berichterstattung der Medien über die Umwandlung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt vor Veröffentlichung der Medienmitteilung der SK TED/DIB.

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Party vom 16. September 2016 beim Letten-Viadukt und der Situation auf dem Koch-Areal.

Geschäfte

Persönliche Erklärung:

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Zuweisung der Weisung GR Nr. 2016/295 an die SK PRD/SSD.

2233. 2016/295

**Weisung vom 07.09.2016:
Kultur und Liegenschaftenverwaltung, Cabaret Voltaire, Betriebsbeiträge
2017–2020 und langfristige Sicherung durch Liegenschaftentausch mit der
Anlagestiftung Swiss Life, Objektkredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2016

2234. 2016/296

**Weisung vom 07.09.2016:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2016**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2016

2235. 2016/298

**Weisung vom 07.09.2016:
Sozialdepartement, Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren, Gemeinschafts-
zentrum Heuried, Beiträge 2017–2018 für Angebote im Sozialraum Manesse und
Friesenberg**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2016

2236. 2016/309

**Weisung vom 14.09.2016:
Elektrizitätswerk, Solardienstleistungsmarkt, Rahmenkredit «New Business Solar»**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2016

2237. 2016/289

**Postulat von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Michel Urben (SP) vom 31.08.2016:
Erweiterung des Holzstegs der Frauenbadeanstalt in der Limmat**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2238. 2013/49

**Weisung vom 07.09.2016:
Motion von Guido Trevisan und Gian von Planta betreffend Papierwerd-Areal,
Neugestaltung zu einem offenen Platz sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts,
Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2013/49.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Dieses Thema ist umfassend und beschäftigt uns schon lange. Es betrifft das Stadtzentrum. Das Tiefbauamt hat den Auftrag ernst genommen und zu diesem Zweck eine Machbarkeitsstudie erstellt, in der verschiedene Varianten*

dargestellt werden. Der Sachverhalt ist städtebaulich, raumplanerisch und verkehrstechnisch komplex. Will man den Projektwettbewerb initiieren, braucht es sehr viele technische und rechtliche Abklärungen sowie vertiefte Untersuchungen zum Thema Machbarkeit. Damit wir einen Projektierungskredit vorlegen können, müssen wir diese vertieften Abklärungen durchführen. Es ist uns bewusst, dass wir bereits eine Verlängerung beantragt haben, aber eine zweite Verlängerung ist unumgänglich. Wir können die technischen Fragen nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit abhandeln. Sollen wir 2020 wie vorgesehen eine kreditschaffende Weisung vorlegen, benötigen wir die zusätzliche Zeit, um die Abklärungen durchzuführen. Der Stadtrat beantragt eine Verlängerung um weitere 12 Monate bis zum 29. Januar 2018.

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats und begründet diesen: Der Souverän hat 1951 den Bau des Globus-Warenhauses abgelehnt. Deshalb wurde das Globus-Provisorium errichtet. Es handelt sich um ein Provisorium. Dieses existiert seit über einem halben Jahrhundert. Bereits damals wurde ein Verdikt des Souveräns mit Füßen getreten. Das Provisorium bietet eine Steilvorlage für Satiriker. Aus architektonischer Sicht darf man im Vergleich zu heutigen Bauten bei diesem Provisorium von einem Prunkbau sprechen. Im Vergleich und im Kontrast mit der historischen Bausubstanz zwischen der Waisenhausstrasse und dem Bahnhofquai ist und bleibt das Globus-Provisorium ein Sündenfall. Auch die Bausubstanz kann aus heutiger Sicht nicht überzeugen, obwohl der heutige Mieter mehrere Millionen in eine Sanierung investiert hat. Ich möchte auf die Motion GR Nr. 2008/15 verweisen. In dieser Motion wurde die Einrichtung eines Begegnungszentrums gefordert. Aus dieser Motion entstand das Postulat GR Nr. 2010/483, das überwiesen wurde. Auch aus heutiger Sicht ist ein Sachzwang für ein Lebensmittelgeschäft an dieser Lage nicht gegeben. 1970 wurde in unmittelbarer Nähe zu diesem Provisorium das ShopVille eröffnet. 1990 hat das ShopVille eine deutliche Vergrösserung erfahren. Es genügt heutigen Bedürfnissen. Es gibt keinen Grund, das Provisorium aufrecht zu erhalten.

Weitere Wortmeldungen:

Simone Brander (SP): Bei der letzten Fristverlängerung wurde gesagt, die Machbarkeitsstudie werde 2015 abgeschlossen. Im Anschluss daran werde in der entsprechenden Kommission darüber informiert. Dies ist noch nicht erfolgt. Es war die Absicht der ursprünglichen Motion sicherzustellen, dass nach dem Vertragsablauf mit Coop klar ist, was mit dem Provisorium geschehen soll. Wir hoffen, dass diese Angelegenheit beschleunigt werden könnte.

Eduard Guggenheim (AL): Es ist gerechtfertigt, dass nochmals genau hingeschaut und eine angemessene Lösung gefunden wird. Das Globus-Provisorium ist ein wichtiges architektonisches Werk. Es steht wie ein Schiff in der Limmat, akzeptiert die höheren Häuser und streicht sie hervor. Man muss es aus städtebaulicher Sicht betrachten. Mit dieser Überzeugung sollte eine Lösung gefunden werden. Diese Lösung kann bescheiden sein und die Sünden der 50er-Jahre rückgängig machen und das Limmatufer zwischen der Gemüsebrücke und dem Bahnhof nochmals betrachten. Ich fände es schön, wenn dieser Aspekt in der Kommission angeschaut würde.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 29. Januar 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/49, von Guido Trevisan und Gian von Planta (beide GLP) vom 27. Februar 2013 betreffend Papierwerd-Areal, Neugestaltung zu einem offenen Platz sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts wird um weitere zwölf Monate bis zum 29. Januar 2018 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2239. 2016/118
Weisung vom 13.04.2016:
Geschäftsbericht des Stadtrats 2015

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird abgenommen.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 13.04.2016
- Geschäftsbericht 2015
- Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2016

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	113
Nichtabschreibungsanträge GPK	90
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	203

* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2016 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2009/592, 2011/496, 2012/404 und 2013/287

Referent zur Vorstellung des Berichts:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *In der Geschäftsprüfungskommission wurden viele Rückfragen gestellt. Diese wurden beantwortet. Wir haben auch Vorstösse behandelt. Es geht insbesondere um Abschreibungsanträge des Stadtrates. Wir haben eine neue Praxis eingeführt, die sich bewährt hat. Wir haben keine Mehr- und Minderheitsanträge bezüglich der Postulate. Der Wunsch derjenigen, die den Vorstoss eingereicht haben, wurde berücksichtigt. Gleichzeitig wurde eine substantielle Begründung verlangt. Deshalb greife ich nur einige Aspekte aus dem Geschäftsbericht heraus. Zentral sind die Stadtschreiberin und die Stadtkanzlei. Dazu gehören auch die Einbürgerungen, die dort behandelt werden. Letztes Jahr gab es weniger Einbürgerungsgesuche als im Vorjahr. Dies liegt teilweise daran, dass ein Sprachtest bestanden werden muss. Deshalb wurden weniger Gesuche eingereicht. Einer der Schwerpunkte des Präsidialdepartements ist die Kulturförderung. Es gab aus dem Theaterbereich 87 Gesuche um Unterstützung. 31 Gesuche wurden positiv beantwortet. Das Theaterspektakel ist für das Präsidialdepartement zentral. Es handelt sich um einen Anlass, der für die Zürcher sehr wichtig ist. Auch im Museum Rietberg haben die Besucherzahlen zugenommen. Die Förderung von Integration, die Förderung der Wirtschaft und der Aussenbeziehungen sind drei Aspekte, die das Präsidialdepartement wahrnimmt. Der europäische Metropolitanraum soll gefördert werden. Mailand und München sollen innerhalb von drei Stunden mit dem Zug erreicht werden. Die Stadt war gemeinsam mit Basel und Genf an der Weltausstellung*

in Mailand beteiligt. Die Fachstelle für Gleichstellung ist 25-jährig geworden. Das Finanzdepartement ist komplex. Wichtig ist der Aspekt der Wohnbauförderung. Es gibt ein Büro für Wohnbauförderung, das sich intensiv mit dem Hunzikerareal befassen musste. Es gibt Stiftungen, so die Stiftung für kinderreiche Familien und die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen. Das Polizeidepartement beschäftigte sich im Kern damit, dass dem Betreuungsmanagement eine präventive Wirkung zukommen sollte. Schutz und Rettung sowie die Dienstabteilung Verkehr gehören dazu. Die Sicherheit der Fussgängerstreifen soll überprüft werden. An anderen Orten sind die Fussgängerstreifen viel besser beleuchtet als in Zürich. Das Gesundheits- und Umweltsdepartement hat Schwerpunkte in den Bereichen Fluglärm, Food Waste, die Stadtspitäler Waid und Triemli sind wichtige Kernaufgaben des Departements. Pflegezentren, Alterszentren und Alterswohnungen sind wichtige Bereiche. Der Erhalt der Selbstständigkeit soll gefördert werden. Ein wichtiger Aspekt ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Beim Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gab es wichtige Umbauten. Der Umbau am Bellevue war schwierig, weil keine zu grossen Verkehrsstörungen erfolgen durften. Im ERZ wurde letztes Jahr eine Administrativuntersuchung eingeleitet. Grün Stadt Zürich gehört dazu. Im Tiefbauamt steht der Verkehr im Vordergrund. Es wurden Velorouten geplant, Plätze umgebaut und geprüft, wie lärmarme Strassenbeläge verwendet werden können. Im Hochbaudepartement war die städtebauliche Entwicklung ein Kerngeschäft. Eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerungszunahme war erforderlich. Bis 2040 werden 80 000 weitere Stadtbewohner erwartet. Das Hochschulgebiet ist ein zentrales Thema. Im Amt für Hochbau geht es um die Schaffung der Grundlagen für nachhaltiges Bauen. Die Immobilienverwaltung muss die Interessen der Stadt wahren. Sie muss Werterhaltung betreiben und rechtzeitig Renovationen anbahnen. Auf das Amt für Baubewilligungen möchte ich nicht eingehen. Im Departement der Industriellen Betriebe gibt es wegen des Strommarktpreises neue Herausforderungen. Dieser liegt unter den Gestehungskosten. Die Gewährleistung der Wasserversorgung steht im Zentrum, ebenso die Verkehrsbetriebe. Letztes Jahr konnten die neuen Tram nicht beschafft werden. Es wird über die Netzerweiterung beraten. Das Rosengartentram und Affoltern sind wichtige Bereiche. Das Schul- und Sportdepartement hat eine verzweigte Organisationsstruktur. Es gibt Kompetenzzentren, also das Konservatorium und die Viventa. Das Departement, das am meisten Mittel umsetzt, ist das Sozialdepartement. Dies betrifft die sozialen Dienste, die Zusatzleistungen und sozialen Einrichtungen. Die Flüchtlingsproblematik betrifft das Departement auch in Zukunft. Zum Departement gehört auch die KESB.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Maleica Landolt (GLP): *Die Mehrheit stimmt dem Antrag der Minderheit, den Bericht mit Ausnahme des Berichts zum ERZ zu genehmigen, nicht zu. Die Hauptbegründung der Antragsteller bezieht sich auf die Abläufe, die Prozesse und Terminierungen bezüglich der Untersuchungen beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz. Diese finden 2016 statt. Aktuell beraten wir den Geschäftsbericht des Stadtrats 2015. Im speziellen Departementsbericht des Tiefbau- und Entsorgungsamts wird auf Seite 188 unter den Jahreschwerpunkten im letzten Absatz konkret auf die Vorkommnisse, Vorfälle und Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Bauprojekt eingegangen. Die Problemfelder und Verfehlungen werden benannt und die Administrativuntersuchung wird aufgeführt. Die Offenlegung im Geschäftsbericht bezüglich der Probleme ist erfüllt. Die Frist für das Erscheinen des Administrativberichts wurde erfüllt. Des Weiteren gibt es eine Begründung für die Verzögerung der Untersuchung. Wir sehen diese nicht als gegeben. Die Administrativuntersuchung und der Bericht sind innerhalb der Frist erfolgt. Die Sonderkommission ERZ ist seit Anfang Jahr intensiv mit dem Fall beschäftigt. Der Untersuchungsbericht wird zur gegebenen Zeit dem Gemeinderat vorgelegt. In diesem Rahmen wird es genügend Zeit und Raum geben, um darüber intensiv zu debattieren. Dieser Bericht ist nicht der richtige Ort. Bei der Rechnungsabnahme 2015 war die Situation eine Andere.*

Es gab klare formelle Fehler. Die Nichtabnahme der Rechnung erfolgte im Sinne einer berechtigten Rüge. Es gibt auch einen anderen Aspekt. Es ist nicht sinnvoll, einen ganzen Dienstbereich abzulehnen. Im ERZ gibt es verschiedene Bereiche und Abteilungen sowie viele Mitarbeiter, die mit dem Bau und den Problemen um das Logistikzentrum Hagenholz nichts zu tun haben. Eine Ablehnung würde die nichtbetroffenen Mitarbeiter verunsichern.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Michail Schiwow (AL): *Wir haben den Antrag gestellt, den Geschäftsbericht des Stadtrats mit Ausnahme des Berichts der ERZ zu genehmigen. Es wurde abgeklärt, ob eine Teilablehnung eines Geschäftsberichts möglich ist. Es wurde vergeblich nach einem Präzedenzfall gesucht. Eine Teilablehnung ist im Prinzip möglich. Es wurde gefragt, ob eine Teilablehnung ein adäquates Mittel darstellt, um Missstände anzuprangern. Die Diskussion über diese Frage wäre spannend und entfällt heute. Wir haben beschlossen, den Antrag zurückzuziehen. Nichtsdestotrotz möchte ich darlegen, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Es geht um die schwerwiegenden Vorfälle beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz, die im Geschäftsbericht benannt wurden. Der gleichzeitig erwähnte Zeitplan für die Bewältigung der Missstände wurde nicht eingehalten. Im Januar 2016 hat der Vorsteher des TED eine Administrativuntersuchung in Auftrag gegeben. Das beauftragte Büro hat seinen Untersuchungsbericht im April 2016 übergeben. Seither liegt der Bericht den Aufsichtskommissionen zwar vor, untersteht aber der Geheimhaltung, darf also bis zur Beschlussfassung über allfällige Konsequenzen weder in den Debatten in den Fraktionen, noch im Gemeinderat erwähnt werden. Stadtrat Filippo Leutenegger hat im Geschäftsbericht angekündigt, dass die Ergebnisse der Administrativuntersuchung im ersten Halbjahr 2016 vorliegen werden. Im Mai hat der Stadtrat den Aufsichtskommissionen gegenüber einen neuen Zeitplan präsentiert. Die Verzögerung, um nicht zu sagen Verschleppung, hat die AL-Fraktion als irritierend empfunden. Dies war der eigentliche Grund für eine Teilablehnung. Bis vor kurzem war nicht absehbar, welche Konsequenzen der Stadtrat aus den Vorfällen ziehen wird. Nachdem der Gemeinderat mit den Zusatzkrediten direkt mit der Administrativuntersuchung verbundenes beraten musste, sind weitere Anträge zu Projekten im Zusammenhang mit dem Logistikzentrum absehbar. Eine Verzögerung hätte letztlich die Arbeit der Sonderkommission Hagenholz der GPK behindert. Aufgrund der Unregelmässigkeiten beim Bau des Logistikzentrums besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Geschäftspartner des ERZ seit fast einem Jahr eine erhebliche Unsicherheit. Nachdem ein verbindlicher Zeitplan vorgelegt wurde, möchte die AL-Fraktion ihren Antrag in Bezug auf den Geschäftsbericht zurückziehen.*

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Würde ich auf jedes Departement einzeln eingehen, fiel dies ähnlich aus wie vor zwei Jahren. Ich möchte auf das zentrale Thema eingehen, das den Geschäftsbericht durchzieht. Ich nehme den Stadtrat als Kollektiv wahr und muss deshalb nicht nach den einzelnen Departementen differenzieren. Das zentrale Thema ist die 2000-Watt-Gesellschaft, die im ganzen Geschäftsbericht vorkommt. Es wird auf eine Volksabstimmung Bezug genommen. Wenn man sich auf die Legitimation beruft, muss man sich fragen, ob den Stimmbürgern klar war, worum es ging. Wenn dies bei der Abstimmung unklar war, muss das Dogma in Frage gestellt werden. Dasselbe Problem besteht bei der kommenden Abstimmung zur grünen Wirtschaft. Einerseits wird gesagt, es sei kein Problem und man müsse keinen Verzicht leisten. Es wird gesagt, es sei machbar. Gleichzeitig haben dieselben Personen ein schlechtes Gewissen, wenn sie mit dem Flugzeug fliegen müssen. Man kann sich vorstellen, dass bei Annahme der Abstimmung hinterher gesagt wird, der Stimmbürger habe das so*

bestimmt, auch wenn die Grundlagen, die zur Entscheidung geführt haben, fragwürdig waren. Dieses Problem haben wir mit den ökologischen Vorlagen. Das Schaffen einer Roadmap und Arbeitsgruppe hätte vor der Abstimmung durchgeführt werden müssen. Dann hätte man den Stimmbürgern die Fakten vorlegen können. Wir führen diese Diskussion immer wieder. Eingeführte Provisorien haben Bestand. Ein Beispiel ist die Tempolimit auf der Autobahn. Es gab eine Volksinitiative, die diese Tempolimit wieder aufheben wollte. Damals wurde gesagt, dies könne nicht auf Verfassungs-, sondern müsse auf Gesetzesebene geregelt werden. Heute wird gesagt, das gehe nicht, weil die Einfahrten entsprechend konzipiert seien. So werden Provisorien zubetoniert und demokratische Legitimationen unterlaufen. Das Vorgehen bei der 2000-Watt-Gesellschaft weist in eine vergleichbare Richtung. Ein Epizentrum dieser Untersuchungen ist das GUD. Es wird dort die genaue Umsetzung erarbeitet und die Betriebe des GUD sollen ihrem Auftrag nachkommen. Es gibt eine UGZ, die sich an den Zielen orientieren muss. Dies durchzieht den ganzen Bericht. Der Direktor des UGZ ist der Vorsitzende der Durchsetzungsdelegation. Eigentlich hätten wir die Umsetzungsdiskussion vor der Abstimmung führen müssen. Das DIB ist davon betroffen. Deshalb musste eine Roadmap erstellt werden. Es musste aufgezeigt werden, wie eine Umsetzung möglich sein soll. Der Energiebeauftragte hat Referate an internationalen Fachtagungen gehalten. Ich gehe davon aus, dass er mit dem Velo an die Tagungen gefahren ist. Das HBD ist ebenfalls sehr stark von dieser Umsetzungsstrategie betroffen. Die Ziele müssen an dieser Doktrin ausgerichtet werden. Dies hat Folgen bis hin zu Erdwärmesonden. Man kann mit Energie effizient umgehen. Man kann sehr effizient heizen. Es wird aber verlangt, dass Erdsonden eingebaut werden. Diese Sonden wirken besser als Wärmetauscher, wenn es sehr kalt ist. Solche Temperaturen haben wir in der Stadt nie. Die Kosten sind jedoch enorm. Das ist ineffizient. Auch die Alterszentren sollen an der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet werden. Man kann sich fragen, zu welchem Preis dies möglich ist.

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): *Die umfangreichen Rückfragen der RPK zum Geschäftsbericht wurden vom Stadtrat immer zufriedenstellend und fristgerecht beantwortet. Dies wird auch im Bericht der GPK erwähnt. Die Geschäftsprüfungskommission hat eine Sonderkommission gegründet, die diese Vorfälle genau untersucht. Im Rahmen dieses Geschäfts wird die SP Stellung beziehen. Eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir nicht als zielführend.*

Walter Anken (SVP): *Ich möchte in Bezug auf das Polizeidepartement sagen, weshalb wir diesen Geschäftsbericht ablehnen werden. Es wird im Bericht von Terroranschlägen gesprochen. Ich vermisse jedoch Aussagen dazu, wie solche Taten in der Stadt vermieden werden sollen. Das Projekt Nachtleben wurde 2015 abgeschlossen. Es ging primär um Lärmbelastungen im Umfeld der Langstrasse. Es wurde gesagt, dass departementsübergreifend zusammengearbeitet wird. Es soll ein Gleichgewicht geschaffen werden. Es gibt jedoch keine Aussagen dazu, wie die Lärmbelastung reduziert werden soll. Dasselbe Problem besteht beim Rotlichtmilieu. Die Ziele von 2011 seien erreicht worden. Gleichzeitig wird gesagt, dass nach wie vor illegale Strassenprostitution existiert, es gibt Sexsalons in Gebieten, in denen der Wohnanteil bei über 50 % liegt. Es gibt keine Aussagen zum konkreten Vorgehen. Die Rede ist von der Reorganisation MOVE, es werden jedoch keine problematischen Aspekte benannt. Es gibt immer Verlierer und Frust. Ich würde mir wünschen, dass darauf eingegangen wird. Beim Bedrohungsmanagement befinden wir uns auf einem guten Weg. Ich vermisse die Gründe dafür, weshalb die Leute immer häufiger bedroht werden. Geärgert habe ich mich, dass ich nichts zu Hausbesetzungen gefunden habe. Es verursacht unnötige Kosten, bindet die Polizeikräfte und muss deshalb thematisiert werden.*

Maleica Landolt (GLP): Ich möchte darlegen, warum es nicht sinnvoll ist, den Geschäftsbericht abzulehnen. Der Geschäftsbericht soll über Tätigkeiten und laufende Projekte in den Dienstabteilungen und der Verwaltung Auskunft geben. Es geht um laufende Geschäfte, aber auch um solche, die bereits abgeschlossen sind. Nichtsdestotrotz ist es üblich, Geschäftsberichte als zentrales Mittel der Selbstdarstellung zu nutzen. Dies bedeutet, dass selbstkritische Erläuterungen oder ein Fazit nicht offen aufgeführt werden. Dies hat die GPK bereits letztes Jahr bemängelt. Diese Forderung ist auch dieses Jahr aktuell. Die Ablehnung des Geschäftsberichts ergibt keinen Sinn. Sie hat keine direkte Wirkung, sondern ist nur ein Symbol einer Rüge, die abgeschlossene Sachverhalte betrifft. Es ist jederzeit möglich, störende Aspekte im Geschäftsbericht durch einen parlamentarischen Vorstoss anzugehen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ein weiterer, relevanter Aspekt betrifft das PRD. Es wird gesagt, man wolle die Metropolitanstädte Mailand, Zürich und München miteinander verbinden. Es müsste im Geschäftsbericht zum Ausdruck kommen, dass dies auf verträgliche Art gemacht werde. Die Argumentation ist technokratisch. Die neue Gotthardtransversale kann kritisch betrachtet werden. Vielleicht ist es nicht für alle Fahrgäste akzeptabel, so lange in einem Tunnel zu sein. Auch diese Fahrgäste wollen internationale Verbindungen. Die Züge können die notwendigen Geschwindigkeiten wegen der Druckverhältnisse nicht erreichen. Die Stadt muss sich auch dafür einsetzen. Ebenso möchte ich auf das Polizeidepartement eingehen. Es wurde beantragt, ein Postulat abzuschreiben. Darin ging es um die Kontrolle von Velofahrern, die auf Trottoirs fahren. Dies sollte mit dem Argument abgeschrieben werden, die Kapazitäten können nicht aus anderen Bereichen abgezogen werden. Wenn man aus dem Ausland kommt und sein Gepäck auslädt, bekommt man eine Busse und muss in derselben Nacht belegen, dass man sein Gepäck dort ausgeladen hat. Dort gibt es Kapazitäten. Die Polizisten liegen auf der Lauer. Die Kapazitäten bestehen. Wenn man aus dem Verkehr gezogen wird und wissen möchte, warum man abgefangen wurde, bekommt man die Antwort, das gehe einen nichts an. Eine solche Behandlung ist Ausdruck von einer Kultur. So geht das nicht.

Simon Kälin (Grüne): Wir schliessen uns der Mehrheit an. Die Argumente wurden bereits von Maleica Landolt (GLP) vorgebracht. Ich finde die Kritik an der 2000-Watt-Gesellschaft gesucht. Einzelne Volksentscheide mit einer deutlichen Mehrheit werden in Zweifel gezogen. Die Bürger werden für unmündig erklärt. Das geht so nicht. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein langfristiges Ziel. Es braucht eine neue Standortbestimmung. Der Prozess ist langwierig. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Verwaltung gute Arbeit leistet und wir auf dem richtigen Weg sind. Die Temperaturen steigen, die Gletscher gehen zurück. Die Bergbevölkerung leidet unter Hangrutschen.

Roger Liebi (SVP): Simon Kälin (Grüne) hat gesagt, er würde überwiegend mehrheitlich zustimmen. Dies ist erklärungsbedürftig. Ich habe die Zahlen des Geschäftsberichts angeschaut. Die personellen Aspekte sind transparent dargelegt. Die Ergebnisse sind erstaunlich. Wir hören immer wieder, wie schwierig es sei, Leute für die Verwaltung zu finden. In der Verwaltung gibt es einen Personalaufwand pro 100 % Stellenwert von 161 600 Franken. 65 % sind Vollzeitstellen. Im Präsidialdepartement gibt es einen Personalaufwand von 138 900 Franken. 45 % sind Vollzeitstellen, 18 % der Arbeitnehmenden arbeiten weniger als 50 %. Im Finanzdepartement haben wir 145 343 Franken Personalaufwand, 71 % arbeiten Vollzeit, 4,5 % arbeiten weniger als 50 %. Bei der Polizei sind wir ebenfalls bei 45 300, es arbeiten 15 % weniger als 50 %. Im GUD haben wir einen Personalaufwand in Höhe von 123 000 Franken, 56 % arbeiten Vollzeit, im TED arbeiten 83 % Vollzeit und der Personalaufwand beläuft sich auf 125 000 Franken. Im Schul- und Sportdepartement arbeiten 11,7 % Vollzeit und 85 % weniger als 50 %. Im

Sozialdepartement arbeiten 24 % Vollzeit und 22 % weniger als 50 %. In dieser Verwaltung gibt es viele Teilzeitstellen. Man könnte restrukturieren, wenn man die Verteilung der Arbeit betrachtet. In den zwei bürgerlichen Departementen sieht das gut aus. Wenn ich den Bericht im Präsidialdepartement anschau, dann gibt es zum Stadtarchiv drei Seiten, zur Fachstelle Gleichstellung eineinhalb Seiten und zur Wirtschaftsförderung eine dreiviertel Seite. Meist ist von der Kreativwirtschaft die Rede, es gibt einen grossen Abschnitt zur Gameszene.

Stefan Urech (SVP): Ich kann an Roger Liebis (SVP) Ausführungen anknüpfen. Die Fachstelle für Gleichstellung ist nicht mit eineinhalb Seiten, sondern mit zweieinhalb Seiten im Bericht erwähnt. Das Sparprogramm, das 2015 abgeschlossen wurde, wird auf einer viertel Seite erwähnt. Der Geschäftsbericht umfasst 400 Seiten. Es ist irritierend, dass die FDP diesen Bericht durchwinkt. Das Budget wird abgelehnt, aber die Dokumentation ist sehr aufgeblasen. Wir haben nicht die Möglichkeit, die einzelnen Departemente zu besprechen. Ich muss auf das Polizeidepartement zurückkommen. Die Aggressionen gegen Polizisten werden nicht aufgegriffen. Polizisten werden regelmässig angegriffen. Stadtrat Filippo Leutenegger wurde angegriffen. Dies wird mit keinem Wort erwähnt. Im Schul- und Sportdepartement wird nicht erwähnt, dass das Niveau an Zürcher Schulen sinkt. Die islamistische Radikalisierung wird nicht erwähnt, es wird pauschal von Radikalisierung gesprochen. Selbst auf Nachfrage wollte man nicht von islamistischer Radikalisierung sprechen. Es gibt ein Kapitel zur Fachstelle für Gewaltprävention. Die Anzahl Interventionseinsätze hat sich seit 2008 fast verdoppelt. Es bestehen grosse Probleme mit den gemischten Klassen, es gibt Kündigungen. Im Geschäftsbericht wird die Umsetzung gelobt. Das Sparprogramm wird als erreicht betrachtet.

Michael Schmid (FDP): Stefan Urech (SVP) hat mich direkt angesprochen. Ich habe gemeint, ich müsse das der AL erklären, doch diese hat den Antrag zurückgezogen. Wir müssen die Diskussion im Rahmen des Budgets führen. Ich hoffe, dass gemeinsame Wege gefunden werden können, um die von Stefan Urech (SVP) Missstände anzugehen. Im Geschäftsbericht geht es um eine Gesamtbewertung.

Roger Liebi (SVP): Es geht auch um eine Wertung der Schwerpunkte. Einer der Schwerpunkte ist der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Zürich und München. Im Sommer 2016 sollte es eine Tagung geben. Ich habe nichts von einer solchen Tagung erfahren. Wenn das in den Bericht geschrieben wird, sollte man sich auch daran halten. Im Polizeidepartement erstaunt mich, dass es im Jahr 2011 535 Anzeigen oder Massnahmen bezüglich Gewässer- und Umweltkriminalität gab. 2015 waren es 1828. Es würde mich interessieren, ob wir in der Stadt eine Umweltpolizei haben, die die Sünder auf den rechten Weg zurückführen soll.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Simon Kälin (Grüne) hat mir nicht richtig zugehört. Es geht mir nicht darum, einen qualifizierten Volksentscheid in Frage zu stellen. Es geht um die Vorbereitung eines Volksentscheids. Wir hätten dem Stimmvolk den Sachverhalt mit allen Konsequenzen präsentieren sollen. Das ist nicht geschehen.

Simon Kälin (Grüne): Ich habe Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) zugehört. Hätte die Stadt vor der Annahme eines Volksentscheids Geld ohne rechtliche Grundlage ausgegeben, dann würde dies von der SVP kritisiert. Ein solches Vorgehen wäre nicht legal gewesen.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird mit Ausnahme des Berichts von «Entsorgung und Recycling Zürich» (ERZ-TED) abgenommen.

Mehrheit: Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Michail Schiwow (AL), Referent
Enthaltung: Simon Kälin (Grüne)
Abwesend: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Michail Schiwow (AL) zieht den Antrag der Minderheit namens der AL-Fraktion zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Maleica Landolt (GLP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Walter Anken (SVP), Michail Schiwow (AL)
Enthaltung: Simon Kälin (Grüne)
Abwesend: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 22 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Präsidialdepartement

POS	09.06.2010	Regli Daniel und Scheck Roland
2010/000250	19.12.2012	Stadtentwicklung Zürich, Optimierung und Verschlanung der Gremien

POS 2012/000080	07.03.2012 03.04.2013	Regli Daniel und Sidler Bruno Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen
POS 2013/000396	13.11.2013 14.05.2014	Dubno Samuel und Garcia Isabel Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats
POS 2014/000056	26.02.2014 22.10.2014	Küng Peter und Strub Jean-Daniel Eigener Termin für die Erneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderats
POS 2014/000109	02.04.2014 18.06.2014	Piller Bernhard und Leitner Verhoeven Andrea Erhalt des Literaturmuseums Strauhof
POS 2014/000119	09.04.2014 22.10.2014	Filli Peider und Abele Martin Berücksichtigung der vierten Landessprache Romanisch auf Veranstaltungsplakaten, welche «Schweizerische» Ereignisse ankündigen
POS 2014/000264	27.08.2014 07.01.2015	Wyler Rebekka Gedenkanlass zum 70. Jahrestag des Kriegsendes

Finanzdepartement

POS 2002/000163	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
POS 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brassler Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
POS 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
POS 2010/000315	14.07.2010 21.11.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung
POS 2010/000511	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012
POS 2011/000261	06.07.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Auflösung des Baurechtsvertrags mit der FIFA im Sonnenberg
POS 2011/000337	14.09.2011 27.02.2013	Von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Prüfung eines Job-Sharings für gewählte Vollämter in der Stadt Zürich
POS 2011/000378	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen
POS 2011/000379	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und dem Gewerbe

POS 2013/000107	28.03.2012 27.03.2013	Knauss Markus und Kisker Gabriele Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen
POS 2013/000108	13.06.2012 27.03.2013	Silberring Pawel und Fischer Renate Abgabe des Areals WO6502 in Wollishofen im Baurecht an eine Trägerschaft für den Bau eines Gewerbehäuses
POS 2013/000415	27.11.2013 13.12.2013	Rechnungsprüfungskommission Überarbeitung des «Accounting Manuals», Präzisierung der Vorgaben für die Dienstabteilungen mit Globalbudget

Polizeidepartement

POS 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
POS 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
POS 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
POS 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standortes
POS 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
POS 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung
POS 2005/000343	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
POS 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
POS 2008/000033	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
POS 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
POS 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
POS 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
POS 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier

POS 2010/000061	27.01.2010 19.09.2012	Bloch Süss Monika und Jüsi Bernhard Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschen- kestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten
POS 2011/000159	18.05.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Hug Christina Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h
POS 2011/000264	06.07.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Schönbächler Marcel Versuchsweise Einführung des Rechtsabbiegens für Velofah- rende an ausgewählten Strassenkreuzungen
POS 2011/000429	16.11.2011 30.01.2013	Wyler Rebekka Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen
POS 2011/000503	21.12.2011 08.02.2012	Schönbächler Marcel und Weyermann Karin Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fuss- gängerstreifen
POS 2012/000285	04.07.2012 30.01.2013	Schönbächler Marcel Einrichtung eines Durchfahrverbots auf dem Marstallweg sowie Sperrung der Parkplätze der Berufsschule Reishauer aus- serhalb der Schulzeit
POS 2012/000320	29.08.2012 12.09.2012	Schmid Michael und Egger Urs Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebecken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen
POS 2012/000329	05.09.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Dubno Samuel Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen in Begegnungszonen oder an Strassen in Tempo-30-Zonen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit
POS 2012/000394	31.10.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Hüni Guido Verhinderung einer Weitervererbung oder einer Untervermie- tung von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich
POS 2013/000005	09.01.2013 23.01.2013	Straub Esther und Steiner Kathy Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kro- nenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse
POS 2013/000087	13.03.2013 27.03.2013	Bourgeois Marc und Lauber Tamara Casino Zürich, bessere Erschliessung mit Taxis
POS 2013/000393	13.11.2013 27.11.2013	Anhorn Ruth und Haller Margrit Verflüssigung des Verkehrs zu Stosszeiten auf der Hohlstrasse beim Altstetterplatz
POS 2014/000177	04.06.2014 18.06.2014	Regli Daniel und Bertozzi Roberto Parkplätze bei der Kirche Unterdorf in Zürich-Affoltern, Um- wandlung in bezahlte Parkplätze mit günstigen Tarifen

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
POS 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September

POS 2011/000421	09.11.2011 21.08.2013	Ammann Jürg und Nagel Ueli Konzept für die Schaffung eines Senioreninnen- und Seniorenrats in der Stadt Zürich
POS 2013/000073	06.03.2013 20.03.2013	Hungerbühler Markus und Mariani Mario Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren in bestehenden Gebäuden
POS 2013/000086	13.03.2013 04.12.2013	Rykart Sutter Karin und Filli Peider Gesundheits- und Umweltdepartement, Aufbau eines Stellenpools mit Pflegefachkräften
POS 2014/000392	03.12.2014 12.12.2014	Grüne-Fraktion Verschlechterung der Laufenden Rechnung bei den Alterszentren Zürich, Befreiung von der Pflicht zur kostendeckenden Arbeit oder Umsetzung ohne Qualitätseinbussen in der Betreuung

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1996/000341	11.09.1996 08.01.1997	Tschopp Kurt und Schönbächler Robert Rosengartenstrasse, Erstellung einer Fussgängerüberführung
POS 1999/000168	14.04.1999 24.05.2000	Biedermann Silvia und Spring-Gross Monika Breitensteinstrasse/Am Wasser, Bau von beidseitigen Trottoirs
POS 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
POS 2005/000405	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers
POS 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder
POS 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone
POS 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
POS 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020
POS 2008/000183	16.04.2008 14.05.2008	Tognella Roger Autobahn SN 1.4.4, Verzicht auf Schliessung der Einfahrt Aubrugg
POS 2009/000561	25.11.2009 09.12.2009	Regli Daniel und Anderegg Peter Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern
POS 2012/000359	29.09.2010 26.09.2012	CVP-Fraktion Escher-Wyss-Platz, Aufwertung durch eine einfache und kostengünstige Platzgestaltung

POS 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
POS 2011/000046	02.02.2011 07.11.2012	Bergmaier Guido und Scheck Roland Tiefbauamt, Aufführung der Baukosten bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie den Baustellen-Infos
POS 2011/000212	15.06.2011 20.03.2013	Aubert Marianne und Papageorgiou Kyriakos Einführung eines Kunststoff-Sammelsystems mit einem Recyclingkonzept
POS 2011/000358	28.09.2011 17.04.2013	Probst Matthias Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse
POS 2011/000468	07.12.2011 17.04.2013	Urben Michel und Schönbächler Marcel Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation Hirschwiesenstrasse
POS 2012/000483	12.12.2012 23.01.2013	Kisker Gabriele und Steiner Kathy Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengewandene Grünfläche im Gebiet 1
POS 2013/000100	20.03.2013 03.04.2013	Altinay Petek und Seidler Christine Beleuchtung des Wegs auf der Klopstockwiese
POS 2013/000153	17.04.2013 03.07.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Führung der Velos bergwärts über die Nansenstrasse/Edisonstrasse statt über die Ohmstrasse
POS 2013/000186	22.05.2013 27.11.2013	Probst Matthias und Knauss Markus Prüfung einer Begegnungszone auf dem Strassenabschnitt der Kasernenstrasse zwischen Gessner-Brücke und Hauptbahnhof sowie der Postbrücke
POS 2013/000335	25.09.2013 02.10.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Strassenprojekt Allmendstrasse, Verbreiterung der Velostreifen ohne Ausweitung der Fahrbahnbreite
POS 2014/000125	16.04.2014 09.07.2014	Sangines Alan David und Rothenfluh Gabriela Kennzeichnung des FKK-Bereichs auf der Werdinsel

Hochbaudepartement

POS 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
POS 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
POS 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
POS 2009/000022	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung
POS 2008/000524	19.11.2008 06.07.2011	Bergmaier Guido und Wohler Bruno Offene Radrennbahn Oerlikon, Sistierung von Planungsarbeiten

POS 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien- Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Fi- nanzvermögens
POS 2012/000287	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
POS 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
POS 2011/000176	25.05.2011 15.06.2011	Baumer Michael und Steger Heinz F. Erstellung eines neuen Verwaltungszentrums zur Zentralisie- rung der Verwaltung
POS 2012/000442	28.11.2012 09.01.2013	FDP-Fraktion Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes
POS 2012/000463	05.12.2012 14.12.2012	Angst Walter Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings aus- serhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen
POS 2013/000067	06.03.2013 23.10.2013	Sangines Alan David und Graf Davy Quartierplatz Grünau, Verzicht auf die Aufhebung des Wasser- beckens
POS 2013/000258	03.07.2013 10.07.2013	Nabholz Ann-Catherine und Steger Heinz F. Geschäfts- und Wohnhaus Schwamendingenstrasse 10, Prü- fung eines kostengünstigeren Standorts nach Ablauf des Miet- vertrags 2018
POS 2013/000294	28.08.2013 23.10.2013	Kälin Simon und Bosshard Gerhard Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zu- gänglichkeit
POS 2013/000394	13.11.2013 04.12.2013	Tognella Roger und Steger Heinz F. Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tief- bauten der Stadtverwaltung, Anpassung des Staffelrabatts auf Regiearbeiten im Hoch- und Tiefbau
POS 2014/000106	02.04.2014 09.04.2014	Hug Christina und Strub Jean-Daniel Ersatzneubau der Turnhalle auf dem Gelände des Schulhauses Hofacker, Erhalt der Grösse des nutzbaren Aussenraums
POS 2014/000393	03.12.2014 28.01.2015	Huber Patrick Hadi und Knauss Markus Umnutzung des Schulhauses Hohl, Aufrechterhaltung des be- stehenden Pausenplatzes sowie der bestehenden Verbindung zwischen den Schulhäusern Kern und Brauer zum Queren und zum Spielen
POS 2015/000082	18.03.2015 21.10.2015	Sobernheim Sven und Baumann Markus Einführung von «Shared-Desk»-Arbeitsplätzen anstelle von persönlichen Arbeitsplätzen an den neuen Verwaltungsstandor- ten

Departement der Industriellen Betriebe

POS 2004/000671	15.12.2004 18.06.2008	Käppeli Hans Jörg und Maeder Kurt VBZ-Haltestelle Sternen Oerlikon, Erneuerung und Aufwertung
--------------------	--------------------------	--

POS 2007/000054	31.01.2007 28.02.2007	im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise
POS 2009/000058	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
POS 2009/000068	25.02.2009 11.03.2009	Mariani Mario und Widler Josef VBZ-Buslinie 67, Verlängerung über Schmiede Wiedikon hinaus
POS 2009/000449	30.09.2009 27.06.2012	Aeschbach Christian und Hug Christina Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon
POS 2010/000390	15.09.2010 06.03.2013	Bär Linda und Utz Florian Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»- Abonnements, Ausdehnung auf das Netz der VBZ
POS 2011/000107	06.04.2011 06.03.2013	Käser Philipp und Luchsinger Martin Einsatz von Hybridbussen auf dem Netz der VBZ
POS 2012/000176	18.04.2012 18.09.2013	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Personalrecht der Stadt Zürich, Anpassung des Qualifikationssystems für die Fahrdienstmitarbeitenden der VBZ
POS 2013/000137	10.04.2013 12.06.2013	Blöchliger Patrick und Spiess Christoph Wasserrohrbruch an der Uetlibergstrasse, Entschädigung der betroffenen Mieterinnen und Mieter

Schul- und Sportdepartement

POS 2010/000225	26.05.2010 05.09.2012	Liebi Roger und Regli Daniel Umsetzung des Unterrichtsfachs «Mensch und Umwelt» an den Volksschulen
POS 2012/000421	14.11.2012 02.10.2013	Pflüger Severin und Hänni-Etter Cäcilia Schülerinnen und Schüler mit einer sonderpädagogischen Fördermassnahme, vermehrte Förderung in Gruppen
POS 2012/000422	14.11.2012 02.10.2013	Hänni-Etter Cäcilia und Pflüger Severin Massnahmen gegen die Kostensteigerungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung
POS 2013/000018	16.01.2013 06.11.2013	Haller Margrit und Anhorn Ruth Wiedereinführung der Einschulungsklassen (Kleinklasse A)
POS 2013/000303	04.09.2013 06.11.2013	Brander Simone und Nüssli-Danuser Andrea Teilnahme der Zürcher Schulen an der Aktion «bike2school»

Sozialdepartement

POS 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinenzorientierte Botschaft
POS 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel

POS 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherford Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
POS 2011/000047	02.02.2011 03.10.2012	Bergmaier Guido und Schlatter Hedy Überprüfung der neu lancierten Projekte, Angebote und Engagements im Sozialbereich

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 28. September 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2240. 2016/214

Weisung vom 15.06.2016: Trimesterbericht I/2016 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2016 werden mit den Trimesterberichten per 30. April 2016 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziff. 4 Globalbudget-Ergänzung von Fr. 22 600 000.– genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1:

Walter Angst (AL): *Wir haben diverse Rückfragen bei den acht Dienstabteilungen gestellt, die keine Globalbudgetergänzungen beantragen. Die Antworten waren umfassend und transparent. Auch die Antworten der beiden Dienstabteilungen mit Globalbudgetanträgen waren sehr umfassend. Uns wurden umfassende Informationen zu den Hintergründen der Globalbudgetergänzungen, zur Strategie des Triemlispitals zur Verfügung gestellt. Die Mehrheit der RPK beantragt den Trimesterbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte auf die Besonderheit dieses Trimesterberichts eingehen, der teils massive Globalbudgetergänzungen aufweist. Das Defizit des Stadtspital Waids erhöht sich markant, ebenso dasjenige des Triemlispitals. Diese Erhöhungen sind massiv. Die Debatte muss im Detail geführt werden. Seit 2013 haben wir ein neues Pflegefinanzierungsgesetz und ein neues Spitalfinanzierungsgesetz. Wir haben uns nach den Auswirkungen dieser neuen Finanzierungsgrundsätze auf die Stadt erkundigt. Die Pflege wurde den Kommunen übertragen. Wir wurden von den Defiziten der Stadtspitäler entlastet. 2013 und 2014 resultierte ein Überschuss. Diese Entwicklung wegen der wir Defizite bei den Stadtspitälern hinnehmen müssen, muss diskutiert werden.*

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1:

Stefan Urech (SVP): *Die Stadtkasse ist marode und das Stadtspital Triemli hat einen Prunkbau. Wenn die 2000-Watt-Gesellschaft umgesetzt werden soll, bedeutet dies, dass die Kosten massiv steigen. Wir haben davor gewarnt. Im Nachhinein sind neue Kosten entstanden. Es gibt keine klare Strategie, der Steuerzahler muss für die Kosten aufkommen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Ich muss das Votum von Michael Schmid (FDP) beim letzten Traktandum aufnehmen. Wir diskutieren nicht über Prunkbauten und Volksentscheide. Wir diskutieren darüber, ob der Trimesterbericht uns zufrieden gestellt hat. Wir werden über die Detailanträge beraten.*

Michael Baumer (FDP): *Es ist wichtig, klarzustellen, dass die FDP den Bericht zur Kenntnis nimmt. Im Bericht wird eine bedenkliche Ausgangslage zur stationären Behandlung im Triemlispital dargestellt. Der Bericht stellt die Sachlage dar. Die Sachlage ist beunruhigend. Deshalb wollen wir den Bericht zur Kenntnis nehmen.*

Roger Liebi (SVP): *Wenn so argumentiert wird, muss davon ausgegangen werden, dass der Bericht vollständig ist. Dann müsste alles einbezogen werden, was mit dem Stadtspital Triemli zusammenhängt. Besonders zur Wachstumsstrategie gibt es kaum Aussagen. Allein deswegen kann der Bericht nicht angenommen werden. Ich möchte etwas vom 13. Dezember 2013 vorlesen. Die Wachstumsstrategie wird als fragwürdig bezeichnet. Es sollten die neuen Voraussetzungen geprüft werden. Dies habe ich damals gesagt. Dieser Bericht ist Ausdruck dessen, was man mir nicht glauben wollte. Wir haben jetzt eine höhere Baserate. Dennoch werden die Zahlen nicht besser. Die Beträge fehlen, die Ausgaben sind zu hoch. Wir galten damals als Schwarzmalter. Jetzt muss beim Personal gestoppt werden. Es ist problematisch, wenn man ausbaut, ohne zu wissen, wohin die Entwicklung geht. Wer eine solche Strategie propagiert, muss sich Gedanken machen, wie er weiterfahren möchte. Die Eröffnungszeremonien seien teuer gewesen und deshalb müsse jetzt gespart werden. Wenn man weiss, dass das Geld knapp ist, dann muss man schauen, wie man es einsparen muss. Es ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Spitäler ausgegliedert werden müssten.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
Abwesend: Christian Traber (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge zu Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt, die Anträge zu den Globalbudget-Ergänzungen der Trimesterberichte I/2016 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zu genehmigen:

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Wir stellen den Antrag auf Kürzung von 2,3 Millionen Franken. Wir lehnen diese Budgeterhöhung ab. Die Gründe für die Budgeterhöhung sind ein tieferer Fallschwereindex, eine tiefere Baserate sowie weniger berechenbare Austritte. Diese Komponenten wurden als schwer budgetierbar deklariert. Solche Aspekte sollten innerhalb des Gesamtbudgets aufgefangen werden können. Der Steuerzahler kann nicht jährlich zur Kasse gebeten werden.

Walter Angst (AL): Die Schwierigkeit der Budgetierung der Stadtspitäler ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Fallschwereindex und die Baserate erst im November bekannt werden. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf das Globalbudget. Uns wurde in der RPK plausibel dargelegt, dass es nicht möglich ist, die Ergebnisse der entsprechenden Festsetzungen im Novemberbrief zu berücksichtigen. Ein weiteres Problem ist die Wachstumsstrategie. Die Anzahl Patienten und Fälle sind nicht gestiegen. Die Ergänzung erscheint uns nachvollziehbar. Die Spitalleitung hat Massnahmen erklärt und begründet.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Stadtspital Waid eine Simulationsrechnung für die universitäre Klinik für Akutgeriatrie durchgeführt hat. Die Gewichtungsoftware wurde eingesetzt und es wurde mit denselben Patientenzahlen wie 2016 gerechnet. Der Unterschied macht 1,3 Millionen Franken aus. Es ist unklar, wo der Ertrag gesteigert werden kann. Wenn weniger Leute angestellt werden, hat man weniger Ertrag und weniger Leistung. Die Stadtspitäler sind dazu da, Patientinnen und Patienten zu behandeln. Bei der Budgetplanung ist unklar, von welchen Tarifen ausgegangen wird. Die Tarife sind 2016 gesunken. Die Akutgeriatrie erbringt universitäre Leistungen, besitzt aber dieselbe Baserate wie ein normales Spital und nicht solche wie ein Universitätsspital. Dies ist ein Problem und kann nicht mit Personalabbau gelöst werden. Es geht um Beschlüsse des Gemeinderats. Der Gemeinderat ist verantwortlich.

S. 16	30 3030 PG 1	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtspital Waid Stationäre Versorgung (einschliesslich Aus-, Fort- und Weiterbildung)		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 300 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 2 300 000	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um die ambulante Versorgung einschliesslich der Notfälle. Es wurden weniger Patienten in die Notfälle eingeliefert. Wenn ein Sachverhalt nicht wie erwartet eintritt, kann man nicht einen Zusatzkredit beantragen. Es sollte möglich sein, dass das intern aufgefangen wird.

Walter Angst (AL): Wir sind auch hier der Meinung, dass die Begründung des Stadtspi-
tals Waid plausibel und nachvollziehbar ist. Auch hier geht es um Änderungen des Ta-
rifsystems, die bei der Budgetplanung nicht umfassend berücksichtigt werden konnten.
Es geht vor allem um den Ärztetarif. Die Förderung der Allgemeinmediziner hat Auswir-
kungen auf die Spitäler. Die Massnahmen der Spitalleitung wurden ausgeführt.

S. 16	30 3030 PG 2	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtspital Waid Ambulante Versorgung (einschliesslich Notfall)		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 1 000 000	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um eine Budgeterhöhung von 15 440 000 Franken. Die SVP schlägt eine Streichung des Gesamtbetrags vor. Auch bei diesem Antrag geht es um Indexpunkte. Es wurde ein ziemlich grosses Bettenhaus gebaut. Die Kosten werden weiter steigen. Es wurde entsprechend der Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft gebaut. Ich möchte fragen, ob es für Patienten relevant ist, ob sie in einem 2000-Watt-Bettenhaus gesund werden. Der Souverän hat der 2000-Watt-Gesellschaft zugestimmt. Wir werden die Folgekosten in den nächsten Jahren spüren. Noch in der Bauphase sei die Abschreibungspraxis geändert worden. Man hätte Zeit gehabt, zu reagieren. Man hätte weniger Stockwerke ausbauen können. Es kann nicht sein, dass eine solche Planung auf dem Buckel der Steuerzahlenden durchgeführt wird. Es gibt eine Zunahme der Erträge aus den Zusatzversicherungen. Diese kann jedoch gesteigert werden. 80 % der Patienten sind allgemein-, 13 % halbprivat- und 7 % privatversichert. Es besteht viel Potential, um den Ertrag steigern zu können. Leistungsabbau ist auch ein Thema, das angegangen werden muss. Wenn die Nachfrage sinkt, müssen die Leistungen abgebaut werden. Der Neubau ist nicht auf den Markt ausgerichtet.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Globalbudgetergän-
zung transparent begründet wurde. Sie ist unvermeidlich, wenn realistisch budgetiert
werden soll. Die Hintergründe dieser Budgetierung sind ähnlich wie beim Waidspital. Die
getroffenen Annahmen zum Fallschwereindex und zur Fallkostenpauschale sind nicht
eingetroffen. Nächstes Jahr ist diesbezüglich keine Änderung zu erwarten. Die Annah-

men, die der Wachstumsstrategie zugrunde liegen, wurden massiv unterschritten. Dies haben wir bereits bei der Rechnung 2015 gesehen. Bereits dort wurde eine Globalbudgetergänzung angekündigt. Ein dritter Aspekt betrifft den Umstand, dass bei der Berechnung der Fallkostenpauschale die Investitionskosten lediglich mit 10 % berücksichtigt werden. In den sanierten und neugebauten Häusern sind es tatsächlich 15 %. Die Anlagenkosten sind höher als das, was das Triemlispital aus den Erträgen finanzieren kann. Wenn die Sanierung des Turms realisiert ist, werden die Kosten auf bis zu 60 Millionen Franken ansteigen. Es wird von einem systemischen Defizit gesprochen. Das Triemlispital hat kein Eigenkapital, es ist gebunden an die Zinsweisung der Stadt. Rückblickend kann man sagen, dass die Baustrategie grössenwahnsinnig war. Sie wurde 2008 beschlossen, es wäre nicht sinnvoll gewesen, die oberen Stockwerke nicht auszubauen. Das Triemlispital hat zwei Strategien, nämlich Kostenreduktionen über ein neu aufgelegtes Programm Zukunft Triemli 2. Darüber kann man kritisch diskutieren. Die zweite Strategie betrifft den Stadtrat, es geht um die Frage, wie das systemische Defizit abgetragen werden kann. Dadurch könnte das Triemlispital mit einem Nullpunkt starten und seine Leistungen erbringen. Man muss sich fragen, ob die Wachstumsstrategie erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Anlagenkosten können nur finanziert werden, wenn dies auf mehr Patienten verteilt werden kann. Dies muss man kritisch hinterfragen, es ist aber nicht haltbar dem Spital das Geld zu entziehen. Die Ausgliederung wird nicht nächstes Jahr erfolgen. Das Defizit wird sich nicht senken, sondern erhöhen. Das Triemlispital hat keine Eigenkapitalbasis. Wir müssten dem Spital viel Geld mitgeben. Die Probleme sollen gemeinsam mit der Spitaldirektion diskutiert werden. Der richtige Weg geht nicht über einen fahrlässigen Streichungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Die Stimmberechtigten haben einem Kredit für das neue Bettenhaus zugestimmt. Der Entscheid ist legitimiert. Die Mehrheit war klar. Auch die 2000-Watt-Gesellschaft ist legitimiert. Es wurde sehr ausführlich diskutiert. Es war bekannt, dass die 2000-Watt-Gesellschaft nicht gratis ist. Ich bin froh, dass ein 2000-Watt-Bau gebaut wurde. Man kann sich fragen, ob es Aufgabe der Patientinnen und Patienten ist, den Bau zu finanzieren. Man wusste damals nicht, dass das Finanzierungssystem auf den Kopf gestellt wird. Die Staatsbeiträge werden in verzinsbare Darlehen umgewandelt. Man kann sich fragen, ob es besser gewesen wäre, zu warten und zu beobachten, wie sich die Situation entwickelt. Man muss sich auch fragen, was eine Optimierung bedeutet. Diese kann sich auf eine Gewinnsteigerung oder eine Erhöhung der Anzahl Patientinnen und Patienten beziehen. Diese Diskussion kommt auch auf andere Spitäler zu. Andere Spitäler haben den Vorteil, dass sie Überschüsse erwirtschaften können. Sie können Eigenkapital haben und Fremdkapital aufnehmen. Das neue Bettenhaus zieht Patientinnen und Patienten an. Wir können auf das Bettenhaus stolz sein. Die Betriebsaufnahme war ein Kraftakt. Es wurde zu ehrgeizig budgetiert. Man dachte, man könne das neue Bettenhaus mit weniger Personal in Betrieb nehmen. Das war falsch. Wäre kein zusätzliches Personal eingestellt worden, wären Leute gefährdet worden. Ein anderes Vorgehen wäre berechenbarer gewesen. Es wäre jedoch teurer und aufwändiger gewesen. Die neuen Abläufe im neuen Bettenhaus zeigen sich bereits jetzt an einer Effizienzsteigerung. Die Patientenzahlen steigen. Es wird alles daran gesetzt, die Effizienzsteigerungen im Budget abzubilden. Peter Schick (SVP) sagte, die Nachfrage sinke. Die Nachfrage nimmt zu, wenn auch nicht so viel, wie bei der Budgetierung angenommen wurde. Der Kanton geht davon aus, dass die Nachfrage weiterhin steigen wird. Spitäler müssen budgetieren, ohne den Tarif zu kennen. In gewissen Bereichen gibt es mehr Sicherheit. Auch andere Spitäler haben sich verschätzt. Bei komplexeren und hochdefizitären Fällen verschätzen sich die Spitäler stärker. Die Eröffnung des Bettenhauses führte dazu, dass das Jahr ausserordentlich war. Vor 15 Monaten wusste man,

dass die Mehrkosten durch Leistungssteigerungen ausgeglichen werden können. Der Gemeinderat ist verpflichtet, realitätsnah zu budgetieren. Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Das ist nicht erfreulich. Wir haben das neue Bettenhaus. Vieles funktioniert gut. Würden wir den Antrag nicht stellen, würde sich an den Problemen nichts ändern. Auch ohne den Antrag gäbe es keine Überschüsse für künftige Investitionen. Man kann sich fragen, ob der Trimesterbericht für eine grosse Strategiediskussion ist. Wir haben ernste Gespräche geführt. Stellen werden mit Verzögerung besetzt, es werden konsequent Abläufe eingeführt, die Effizienz wird gesteigert und die Kosten gesenkt. Die Nutzung des Hauptgebäudes konnte revidiert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Nachdem wir den Bericht zur Kenntnis genommen haben, stellen wir fest, dass das Triemlispital krank ist. Es stellt sich die Frage, ob wir palliativ oder heilend behandeln wollen. Derzeit wird eine palliative Behandlung präferiert. Wenn man der Ansicht ist, dass das unzureichend ist, dann müssen wir heute die Diskussion führen. Es wurden Begründungen für das strukturelle Defizit vorgebracht. Der Kanton, der Bund, der 2000-Watt-Bau, die lange Bauzeit, der Umstand, dass die stationäre Versorgung weniger schnell wächst als die ambulante sind alles Gründe für dieses Defizit. Mindestens sind der Gemeinderat und das Volk mitschuldig. Der eigentliche Grund ist der zu teure Spitalbau. Die FDP kritisiert die Wachstumsstrategie schon seit langem. Es ist unbestritten, dass die Struktur des Stadtspitals als Dienstabteilung der Stadt suboptimal ist. Das Eigenkapital wurde als Problem aufgeführt. Wenn wir die Probleme anschauen, dann ist das kein Vorwurf an das Personal. Die Führung hat dies zu verantworten. Die Kosten und Strukturveränderungen sind schon lange bekannt. Die FDP hat die Ausgliederung bereits 2014 in einer Motion gefordert. Die Strukturen müssen angepasst werden. Die Rahmenbedingungen können sich ändern, gerade im Gesundheitsbereich änderten sie sich. Man muss bereit sein, das Vorgehen anzupassen. Es wurde eine Spitalstrategie angekündigt. Diese wurde noch nicht vorgestellt.*

Alan David Sangines (SP): *In mehreren Kommissionssitzungen wurden die Gründe für die Budgetabweichung dargelegt. Wir haben diese Gründe bereits gehört. Sie sind nachvollziehbar. Beim Bau und der Neueröffnung handelte es sich um ein ausserordentliches Ereignis. Durch die Umstellung der Spitalfinanzierung wird mit einem Investitionsstau in Höhe von 15 Milliarden Franken gerechnet. Mit dem neuen Bettenhaus und der geplanten Renovierung des Hauptgebäudes wird das Stadtspital Triemli diesen Investitionsstau als erstes Spital im Grossraum Zürich überwunden haben. Mit dem Antrag der Minderheit wird das Spital dafür bestraft, sich frühzeitig auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten. Bis 2025 wird mit 500 fehlenden Spitalbetten gerechnet. Die Nachfrage wird nicht sinken. Umso wichtiger ist es, die Investitionen voranzutreiben. Auch andere Spitäler werden Investitionen vornehmen müssen. Das Triemlispital hat aufgezeigt, wie das Defizit reduziert werden soll. Mehrere Massnahmen wurden konkret benannt. Es findet eine laufende Evaluation statt und sie wird einer externen Prüfung unterzogen. Es ist eine Strategie erkennbar. Ein Teil der Massnahmen wird auf dem Buckel des Personals stattfinden. Der Gemeinderat hat den Stadtrat mehrfach aufgefordert, gewisse Gesundheitsbestimmungen des Arbeitsgesetzes anzuwenden. Auch dies wird Kosten verursachen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es eigentlich um die Privatisierung des Spitals geht. Eine Weisung wird folgen. Es wäre ehrlicher, zu sagen, es gehe um die Ausgliederung des Spitals. Dann können wir eine Debatte darüber führen, ob wir ein Stadt- oder Privatspital wollen. Das Gesetz benachteiligt Spitäler, die sich um die Grundversorgung der Bevölkerung kümmern. Es kann nicht sein, dass Spitalkosten nur über Zusatzversicherte amortisiert werden können. Diese Debatte werden wir ausführlich führen. Wir haben das Spital mit städtischen Geldern auf Vordermann gebracht. Jetzt geht es um die Rechnung des Triemlispital. Das Defizit ist erklärbar, es*

wurden Massnahmen eingeleitet. Eine Streichung wäre ungerechtfertigt.

Christian Traber (CVP): Wir sind in der Fraktion zum Schluss gekommen, dass wir der Minderheit folgen werden. Wir anerkennen, dass es schwierig ist, ein neues Bettenhaus in Betrieb zu nehmen. Wir anerkennen, dass gewisse Massnahmen eingeleitet wurden. Wir wurden in der RPK informiert. Dies erfolgte in transparenter und offener Weise. Wir können uns dem Präsidenten der RPK in vielen Aspekten anschliessen, kommen jedoch zu einem anderen Schluss. Uns reichen die Massnahmen nicht. Sie sind zu vage. Die Strategie zur Überwindung des systemischen Defizits, die überarbeitet werden soll, ist zu konkretisieren. Es ist unklar, wie das systemische Defizit überwunden werden soll. Die Rechtsform muss diskutiert werden. Wir wollen keine Privatisierung, aber wir wollen über die Ausgliederung diskutieren.

Felix Moser (Grüne): Nicht das Triemlispital ist der Patient, das ganze Gesundheitswesen ist krank. Das Triemlispital benötigt mehr Geld, weil während des Baus des Bettenhauses die Spielregeln geändert wurden. 2012 wurde alles umgestellt. Die Investitionskosten werden mit 10 % in der Fallpauschale verrechnet. Diese 10 % sind zu wenig. Deshalb soll dies auf 15 % gesteigert werden. Die Strukturen im Gesundheitswesen, insbesondere die Kompetenzregelungen, sind nicht überzeugend. Der Kanton besitzt eine Doppelrolle, er legt die Baserate fest und möchte den Wettbewerb zwischen den Spitälern, gleichzeitig werden die Kantonsspitäler bevorzugt. Das kann so nicht aufgehen. Die Strukturen müssen verändert werden. Die Strategie der Stadtspitäler wurde bereits angedeutet. Es ist eine Strategie in Arbeit. Über diese müssen wir diskutieren.

Dorothea Frei (SP): Die Aufregung um diesen Budgetposten möchte ich in einem grösseren Zusammenhang betrachten. 1976 wurde das Stadtspital Triemli eröffnet. Damals gab es 700 Betten, die durchschnittliche Behandlungsdauer betrug 18 Tage und die Stadt sicherte 64 % des Budgets. 2015 hatte das Triemlispital 470 Betten, 2016 500 Betten. Die Behandlungsdauer betrug 6 Tage, das Spital zahlt Geld an die Stadt für die Anlagennutzung und verzinst Schulden. Die Bevölkerung bekommt für weniger Geld mehr und bessere Leistungen. Die Prozesse wurden optimiert, die Behandlungen systematisiert und die Finanzkennzahlen verfeinert sowie das Globalbudget eingeführt. Diese Optimierungen müssen anerkannt werden. Die Probleme wurden bereits genannt. Die relevanten Faktoren sind bei der Budgetierung nicht bekannt. Wir wussten von Anfang an, dass diese neuen Abgeltungen nicht funktionieren. Hier braucht es eine politische Diskussion. Es kann nicht sein, dass die Baserate in den Kantonen Aargau und Luzern höher ist als in Zürich. Unhaltbar ist, dass im Trimesterbericht von einer Portfolioverschiebung in der Patientenstruktur die Rede ist. Teilweise kann vermutet werden, dass bedauert wird, dass ich als Privatpatientin nicht an Krebs erkrankt bin. Es kann nicht sein, dass eine Jagd nach Privatpatienten stattfinden soll. Wir haben ein Stadtspital für die Stadtbevölkerung. Die Grundversorgung muss sichergestellt werden. Das kostet Geld. Als dem Neubau zugestimmt wurde, ging es um die Grundversorgung und nicht um den Wettbewerb oder um Privatpatienten.

Shaibal Roy (GLP): Wir haben in Bezug auf die Globalbudgetergänzung lange Diskussionen zu führen. Wir haben uns entschieden, ein Zeichen zu setzen. Wir haben eine klare Erwartungshaltung. Das Thema muss klar strukturiert werden. Es sollen dem Gemeinderat Lösungen für die Problematik präsentiert werden. Wir sind weiterhin bereit, Verantwortung zu tragen. Wir benötigen aber Massnahmen, um die systemische Finanzierungsproblematik zu lösen. Diese kann klar beziffert werden. Wir nehmen die eingeleiteten Massnahmen zur Kostenreduktion und Ertragssteigerungen zur Kenntnis, müssen jedoch feststellen, dass sie zu spät eingeleitet wurden. Nicht nur die Globalbudgetergänzung ist absehbar, auch der Bau und der Bezug des Bettenhauses und die damit verbundenen Kosten waren bekannt. Wir haben eine klare Forderung. Es sollen unver-

züglichen Lösungsmöglichkeiten zur Behebung der Finanzierungsproblematik vorgelegt werden. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber wir werden nicht nur Globalbudgetergänzungen abnicken. Wir sind überzeugt, dass es mehrheitsfähige Optionen gibt, die das strukturelle Finanzierungsproblem lösen können. Die Kosten werden zu nehmen. Wir brauchen Lösungen. Wir wollen differenzieren, dass es nicht um die Einschätzung eines Fallschwereindex geht. Die Unschärfe beträgt 9 Millionen Franken. Dies wäre für sich alleine genommen akzeptabel. Denselben Effekt sieht man bei der Aushandlung der Baserate. Die Steigerung kann aber die Unschärfe nicht reduzieren. Solange wir keine tatsächlichen Massnahmen vorgelegt bekommen, sind wir nicht bereit, jede Globalbudgeterhöhung durchzuwinken. Wir sind bereit, Lösungen anzuschauen und Verantwortung zu übernehmen.

Raphaël Tschanz (FDP): *Es wurde bereits Einiges gesagt, teils wurden auch falsche Aussagen getätigt. Das Volk hat 250 Millionen Franken bewilligt, die Kosten belaufen sich auf 750 Millionen Franken. Wir haben eine Luxusvariante bekommen. Die Zimmer für Allgemeinversicherte sind schön. Die Strategie, Zusatzversicherte ins Triemlispital zu locken, funktioniert nicht. Das Problem des Spitals ist, dass alle Investitionen als amortisierbare Darlehen belastet werden. Überschüsse fliessen in die Stadtkasse. Das Spital kann also keine Überschüsse aufbauen. Dies ginge nur, wenn die Rechtsform geändert wird. Es geht nicht um Privatisierung. Wir wollen das Spital nicht verkaufen. Das Spital soll eine passende Rechtsform erhalten. Wir haben eine Verantwortliche. Die Schuld wird dem Kanton, Gemeinderat und Bundesrat zugeschoben, das Volk soll dafür zahlen. Politische Verantwortung bedeutet, dass man nicht einfach zuschaut, wie das Spital ein strukturelles Defizit vor sich herschiebt. Es müssen Lösungen präsentiert werden. Dann können wir über Lösungen diskutieren und Geld ausgeben.*

Felix Moser (Grüne): *Es ist absehbar, dass die Globalbudgetergänzung keine Mehrheit finden wird. Wir halten die Ablehnung der Globalbudgetergänzung für kurzfristig und gefährlich. Es ist klar, dass es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, in den verbleibenden drei Monaten diese 15 Millionen einzusparen. Dies wird auf Kosten der Patienten erfolgen. Der Antrag ist unverantwortlich und nicht zielführend. Wir erwarten, dass die Probleme auf Bundes- und Kantonsebene angegangen werden. Auf Gemeindeebene erwarten wir die Strategie für die städtischen Spitäler. Wir sollen nicht nur über die Rechtsform, sondern auch Finanzierung sprechen. In diesem Rahmen werden wir entscheiden, wie mit künftigen Defiziten umgegangen wird.*

Andreas Kirstein (AL): *Es ist fragwürdig, ob ein Trimesterbericht der richtige Ort für eine Spitaldebatte ist. Wir hatten in den letzten Jahren kaum Gelegenheit, diese Debatte zu führen. Sie ist dringend notwendig. Es handelt sich nicht um ein einmaliges Ereignis. Es geht um ein grundlegendes, strukturelles Problem, das bereits mehrfach angesprochen wurde. Ich habe letzte Woche eine Geschäftsreise nach Hannover gemacht. Im Heft der Swiss habe ich ein Advertorial des Triemlispitals gelesen. Es wurde versucht, die entsprechenden Patientinnen und Patienten anzulocken. Es handelt sich um einen hochregulierten Scheinmarkt. Die Frage ist, wer von dieser Regulation profitiert. Am Tag der Eröffnung des Bettenhauses macht man einen Tag der offenen Tür. Nicht gesagt wird, dass das der einzige Tag ist, an dem die Bevölkerung das Bettenhaus anschauen kann. Die Anzahl Privatpatienten müsste erhöht werden, um das Bettenhaus zu finanzieren. Dies ist ein Problem. Wir haben eine Versorgungskette. Gesundheitsversorgung ist ein Grundgut. Dazu gehören auch die ambulante und stationäre Behandlung in den Stadtspitälern. Damit die Versorgungskette finanziert werden kann, muss auf selbige zunehmend verzichtet werden.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Ich habe versucht, die Weisung genau zu analysieren. Es fiel mir schwer, eine vernünftige Meinung zu bilden. Die Ausgangslage führt dazu, dass*

der Bau eines neuen Bettenhauses notwendig war. Es ist müssig, darüber zu diskutieren. Bis 2020 sollen weitere 450 Millionen Franken in weitere neue Anlagen und Renovationen investiert werden. Dies führt dazu, dass ein Aufwand entsteht, der sich massiv erweitern wird. Lösungen sind schwierig. Die Kosten sind vorhanden und müssen amortisiert und verzinst werden. Der Zinssatz hat nichts mit dem Marktzins zu tun. Man kann die Flucht nach vorne antreten und die Erträge steigern. Das setzt voraus, dass die Anzahl Privatpatienten erhöht werden soll. Man kann sich fragen, ob das der Auftrag eines öffentlich-rechtlichen Spitals ist. Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Krankenkassenprämien jährlich steigen. Wenn wir den Zusatzkredit nicht sprechen, bestrafen wir die Falschen. Wir benötigen ein Zeichen an die Verantwortlichen. Man muss sich überlegen, ob die Luxuslösung immer notwendig ist.

Marcel Bührig (Grüne): Manche wissen nicht, wie man Spitäler finanziert. Es gibt Faktoren, auf die das Triemlispital nicht Einfluss hat. Auf die Patientenzahlen besteht kein Einfluss. Der Kanton legt die Baserate fest für die Stadtspitäler und Kantonsspitäler. Die Baserate ist tiefer als in anderen Kantonen. Wir können uns auch auf Privatpatienten spezialisieren. Dies entspricht nicht dem Auftrag der Stimmbevölkerung. Wir sollten uns fragen, ob wir Spitäler brauchen, die Gewinn abwerfen. Wir brauchen vor allem eine Gesundheitsversorgung. Wir sollten erst in zweiter Linie über Geld sprechen. Die Frage ist, ob die öffentliche Gesundheitsversorgung funktioniert. Die Ablehnung des Antrags ist keine Lösung. Die Ablehnung bringt nichts. Spitäler können keine Wunder vollbringen. Es wird zu einer Budgetverfehlung kommen, es wird dem Spital Handlungsspielraum wegnehmen. Die Lösung ist nicht nachhaltig, sondern symbolisch. Wir wollen auch Lösungen. Wir wollen die Gesundheitsstrategie sehen. Durch den Minderheitsantrag wird nichts gelöst. Das Problem wird nur verschoben.

Rolf Müller (SVP): Es geht um den Sachaufwand. Das Triemlispital soll zwei neue Linearbeschleuniger erhalten. Es sei ein Betrag in Höhe von 13,6 Millionen Franken bewilligt worden. Eine solche Ersatzbeschaffung soll möglichst kostengünstig und unter freiem Wettbewerb stattfinden. In diesem Teilbereich soll nicht unnötig viel Geld ausgegeben werden. Warum ist eine Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital nicht möglich? Warum betreibt das Triemlispital zwei Linearbeschleuniger, das Universitätsspital kommt jedoch mit einem aus? Das Universitätsspital ist grösser und spezialisierter. Als Sofortmassnahme sollen Investitionen zurückgehalten und nur dann bewilligt werden, wenn eine dringende medizinische Notwendigkeit besteht. Es ist fraglich, wie die medizinische Notwendigkeit für zwei Geräte begründet werden kann. Das Stadtspital muss zuerst intern nach Lösungen suchen und in Bezug auf Finanzen flexibel werden.

Roger Liebi (SVP): Wenn man als Verantwortliche sagt, das Volk habe dies damals gewollt und die Kosten seien irrelevant, dann ist das fragwürdig. Die Kosten sind viel höher als beim damaligen Volksentscheid angenommen wurde. Es ist fragwürdig, dass keine Diskussion gewünscht wird. Wenn gesagt wird, dass alle kantonalen Spitäler bessergestellt seien, dann ist das falsch. Das Kantonsspital Winterthur hat dieselbe Baserate. Universitätsspitäler haben eine höhere Baserate, aber auch andere Aufgaben. Die Volksabstimmung zum Kantonsspital Winterthur steht bevor. Die Grundidee des Regierungsrats ist nicht falsch. Es geht um die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Spitäler. Es geht nicht nur um den Ertrag, sondern um die Aufwandsbewirtschaftung. Am Schluss hat man Verluste oder Gewinne. Der Gewinn kann über Erträge generiert werden. Das Triemlispital ist kein Startup. Momentan sieht es schlecht aus mit dieser Strategie.

Elisabeth Schoch (FDP): Es wurden Rechtfertigungen und Erklärungen für das Defizit vorgebracht. Es wurde nicht über Lösungen gesprochen. Wir wollen Lösungen diskutieren. Wir wollen eine Strategie.

Dr. Davy Graf (SP): Ich möchte an den Parkplatzkompromiss erinnern. Die FDP möchte Privatisierungen. Der Bau ist teuer. Das Gebäude wurde gebaut. Es soll keine Wachstumsstrategie verfolgt werden, Privatpatienten sollen von anderen Kliniken behandelt werden. Eigenkapital wird erwähnt, das gewisse Investoren einfahren sollen. Wir müssen über Lösungen sprechen. Die Lösungen werden Kosten verursachen. Wir müssen die Verantwortung übernehmen. Die Finanzierungslücke müssen wir überbrücken.

Joe A. Manser (SP): Bei diesen Diskussionen müssen wir die Proportionen im Auge behalten. Wir reden von einer Budgetabweichung von etwa 3 %. Die Stadt kann nicht alle Faktoren bestimmen. Wir können nicht bestimmen, wie viele Patienten behandelt werden. Wir haben die kantonalen Vorgaben. Wir haben die ausserordentliche Situation, dass eines der grössten Spitäler bei laufendem Betrieb von einem Haus ins andere gezogen ist. Das hat Kosten verursacht und war nicht einfach zu budgetieren. Das Triemlispital ist eine kerngesunde Organisation. Es wird eine hohe Qualität gewährleistet. Das Spital ist leistungsfähig. Palliativmedizin ist nicht notwendig. Es gibt eine kleine Leistungsschwäche. Wenn Leistungen gestemmt werden müssen, die über die Ressourcen hinausgehen, führt das zu dieser Situation. Es geht um die grundsätzliche Frage, wohin sich das Triemlispital entwickeln soll. Es ist nicht zielführend, ein Zeichen zu setzen. Es sind interessante Ergebnisse zutage getreten. Es hat niemand verlangt, dass die Stadt keine gute medizinische Leistung erbringen soll. Die Organisation des Triemlispitals wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Wir müssen eine Diskussion führen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Weisung zum Bettenhaus war nicht umstritten. Dies war jedoch vor den Revisionen im Gesundheitswesen. Auch ich war in Bezug auf die Wachstumsstrategie kritisch. Die Wachstumsstrategie besagte lediglich, dass diejenigen Abteilungen ausgebaut werden sollen, in denen Geld verdient werden kann. Der Wettbewerb stand im Vordergrund. Deshalb fanden wir die Wachstumsstrategie für ein städtisches Spital sinnvoll. Es ist problematisch, dass ein Zeichen gesetzt werden soll. Das Argument ist schwach. Es ist nicht realistisch, dass der Betrag in drei Monaten eingespart werden kann. Ich verstehe das nicht. Die Spielregeln wurden geändert, das Volk hat dem Bettenhaus zugestimmt. Die Beträge wurden in ein verzinsliches Darlehen geändert. Es ist problematisch, wenn während des Spiels die Regeln geändert werden. Wir müssen uns anpassen. Es ist fraglich, ob der Entscheid nicht überdacht werden soll, demzufolge das Gesundheitswesen dem Wettbewerb ausgesetzt werden soll. Dadurch werden die Krankenkassenkosten in die Höhe getrieben.

Walter Angst (AL): Ich möchte einen Aspekt aufgreifen, der für die Ablehnung erwähnt wurde. Es werden Lösungen gefordert. Bis Mitte 2015 war das Triemlispital auf Kurs. Man hätte früher reagieren können, als absehbar wurde, dass das budgetierte Plus zu einem Minus wird. Es wurden 30 Millionen Franken versenkt bei der Turmfinanzierung. Man kann sagen, dass nicht rechtzeitig reagiert wurde. Es gab den Umzug. In der Rechnungsdebatte 2015, als ein Minus ersichtlich wurde, sagte man, man müsse eine Globalbudgetergänzung beantragen. Die Spitaldirektion hat Strategien vorgelegt. Es braucht Transparenz. Die Strategie ist den Mitgliedern der RPK bekannt. Es wird von einem strukturellen Defizit gesprochen. 7 bis 10 Millionen Franken können durch Effizienzsteigerungen ausgeglichen werden. 15 bis 18 Millionen Franken belaufen sich auf das strukturelle Defizit. Der Stadtrat muss diskutieren, wie das systemische Defizit überwunden werden soll. Lösungen liegen auf dem Tisch. Es braucht einen politischen Prozess. Der Stadtrat muss Vorschläge unterbreiten. Zumindest gegenüber der RPK besteht Transparenz. Es wurden Lösungen auf den Tisch gelegt. Es wäre fair, wenn wir dies honorieren würden. In zwei Wochen entscheidet der Stadtrat über den Trimesterbericht II. Der Prozess muss im Stadtrat anrollen, danach können wir darüber diskutieren.

STR Claudia Nielsen: In der Abstimmung 2007 wurden 290 Millionen Franken bewilligt, 90 % haben dieser Vorlage zugestimmt. Es ist bemerkenswert, dass das Projekt ohne Kostenüberschreitung umgesetzt werden konnte. Damals wusste man genau, dass das alte Hauptgebäude instandgesetzt werden soll. Der Kostenrahmen war bekannt. Wir haben das alte Hauptgebäude nur noch instandgehalten. Die 30 Millionen Franken schmerzen uns, aber es war sinnvoller, in den sauren Apfel zu beissen und zu reduzieren, was sich reduzieren liess. Nun möchte ich darauf eingehen, dass nicht alle Zimmer benutzt werden. Das Spital ist voll belegt. Die ehemaligen Personalhäuser werden zurückgebaut. An anderen Orten wird das Stadtspital Fläche aufgeben. Von Leerständen kann nicht die Rede sein. Wenn man darauf schaut, was anderen Spitälern bevorsteht, sieht man einen grossen Investitionsstau. Die Diskussion werden auch andere Spitäler führen, auch sie werden mit dem Problem der Anlagenutzungskosten konfrontiert. Wir haben die niedrigste Baserate. Diesbezüglich muss einiges in Bewegung kommen. Entweder wird das national erfolgen oder andere Spitäler werden heftige Diskussionen führen müssen. Wir haben die niedrigsten kantonalen Subventionen. Eigentlich gibt es keinen Wettbewerb, die Ausstattung ist sehr verschieden. Man muss sich fragen, was uns eine gute Gesundheitsversorgung wert ist. Im Kanton Zürich soll sie möglichst günstig sein.

S. 16	30 3035 PG 1	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtspital Triemli Stationäre Versorgung (einschliesslich Aus-, Fort- und Weiterbildung)		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 440 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 15 440 000	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um die ambulante Versorgung, einschliesslich der Notfälle. Die SVP schlägt eine Kürzung von 3,86 Millionen Franken vor. Das ambulante Geschäft konnte um 5 % gesteigert werden. Dies entwickelt sich in die richtige Richtung. Es sind jedoch Mindererträge aufgrund von Leistungssteigerungen und Mehraufwendungen aufgrund eines höheren medizinischen Bedarfs und Personalaufwendungen zu erwarten. Von richtigen Einsparungen kann nicht die Rede sein.

Walter Angst (AL): Wir empfehlen die Globalbudgetergänzung zu genehmigen. Es geht um den Teil des Triemlispitals, der ein grösseres Defizit verursacht als der stationäre Bereich. Der Antrag wurde plausibel begründet.

S. 17	30 3035 PG 2	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtpital Triemli Ambulante Versorgung (einschliesslich Notfall)		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 860 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 3 860 000	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2:

Walter Angst (AL): Die Dispositivziffer 2 erfährt eine Änderung. Sie benötigt eine Mehrheit von 63 Stimmen wegen der Ausgabenbremse.

Michael Baumer (FDP): Wir wechseln zur Mehrheit.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
Abwesend: Christian Traber (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 5 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung: Shaibal Roy (GLP)
Abwesend: Christian Traber (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2016 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2016 werden mit den Trimesterberichten per 30. April 2016 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziff. 4 Globalbudget-Ergänzung von Fr. 7 160 000.– genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. September 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2241. 2015/339

Weisung vom 11.11.2015:

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion betreffend Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/246, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 13. Juni 2012 betreffend Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1:

Hans Jörg Käppeli (SP): *Das Projekt für den Ausbau der Nordumfahrung wurde 2009 öffentlich aufgelegt. Der Stadtrat verlangte umfassende flankierende Massnahmen. SP, Grüne und GLP haben verlangt, dass der Stadtrat diese flankierenden Massnahmen umgehend angeht. Dadurch soll der Durchgangsverkehr vom Stadtgebiet ferngehalten werden. Die Mehrheit des Gemeinderats hat die Motion dem Stadtrat überwiesen. Es sollen Umweltmassnahmen, flankierende Massnahmen realisiert werden, es sollen behindertengerechte Ausbauten erfolgen und es sollen Doppelgelenkbusse eingesetzt werden. 2012 wurden die Massnahmen nicht direkt in das Nationalstrassenprojekt übernommen. Die Kompetenz zur Umsetzung liegt bei Stadt und Kanton. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für drei Massnahmen im Quartier. Es sind Massnahmen zur Verkehrssteuerung sowie ein Fahrstreifenabbau zugunsten von Bussen und Velos vorgesehen. Der Ausweich- und Schleichverkehr soll verhindert werden. Die Stadt ist für die Planung und Realisierung zuständig. Der Stadtrat möchte die meisten Massnahmen erst bei Inbetriebnahme der Nordumfahrung umsetzen. Die Motion verlangt eine frühere Umsetzung. Der Stadtrat listet bereits umgesetzte Massnahmen auf. Dies betrifft, neue Lichtsignalanlagen, die Optimierung der Lichtsignalsteuerung und der Einsatz von Doppelgelenkbussen. Einige Planungen wurden bereits angefangen im Sinne der Motion. Dies betrifft den öffentlichen Verkehr und den Rosengartentunnel. Weitere substanzielle Massnahmen sollen aufgeschoben und erst im Rahmen des Projekts zum Tram Affol-*

tern und Rosengarten umgesetzt werden. Der Stadtrat teilt das Anliegen, den Durchgangsverkehr fernzuhalten. Wenn die Massnahmen teilweise umgesetzt werden, beantragt der Stadtrat vom Bericht Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben. Die bürgerliche Seite ist mit dem Bericht einverstanden und sieht keinen Handlungsbedarf. Wir wünschen uns mehr. Wir haben viele Fragen gestellt. Bei der parallel behandelten Motion für die Busspur an der Wehntalerstrasse war man sich einig, dass die Lösungsansätze des Stadtrats auf dem richtigen Weg sind. Die Massnahmen sind zu wenig konkret. Deshalb haben wir die Behandlung jener Weisung unterbrochen. Eine motivierte Rückweisung erachteten wir nicht als zielführend. Es besteht gemeinsames Vertrauen in den Stadtrat. Wir möchten dem Stadtrat die Chance geben, konkretere und verbindliche Massnahmen festzulegen. Ansonsten gibt es keinen Konsens und keinen gemeinsamen Nenner. Nun komme ich zum Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1. Die Mehrheit nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis. Der Bericht ist unverbindlich und vage. Er schafft kein Vertrauen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1/ Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2:

Andreas Egli (FDP): Wir begrüssen den Bericht. Wir lehnen den Änderungsantrag der Dispositivziffer 1 ab. Die SVP wird diesen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen. Die Ablehnung wird dadurch begründet, dass es keine mehrspurige Autobahn direkt in die Stadt geben wird. Die Grünen und die SP lehnen den Bericht ab, weil die Umsetzung der flankierenden Massnahmen keinen sofortigen Verkehrskollaps zur Folge hat. Dies ist angesichts der zunehmenden Elektrifizierung und Automatisierung des Verkehrs eine altmodische Verkehrspolitik. Ich bin von der SP enttäuscht. Sie zottelt den Grünen hinterher. Wir beantragen die Kenntnisnahme des Berichts und Abschreibung der Motion. Flankierend heisst schützend. Flankierend bedeutet, dass es in dem Moment passieren soll, wenn es etwas zu flankieren gibt.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Hans Jörg Käppeli (SP): Die SP und AL lehnen den Abschreibungsantrag entschieden ab. Die Motion ist nicht erfüllt. Die angefangenen Planungen geben uns keine Garantie, dass etwas umgesetzt wird. Alles wird hinausgeschoben. Die Motion wurde vom Gemeinderat mehrheitlich überwiesen. Die Motion besagt, dass die Massnahmen vorgezogen werden sollen.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): In einer damaligen Kommissionssitzung wurden die flankierenden Massnahmen als Euphemismus bezeichnet. Der private und gewerbliche motorisierte Individualverkehr soll ausgegrenzt werden. Jetzt sollen auch unsere Nachbargemeinden mit zusätzlichem Verkehr beglückt werden. Die Umweltbelastung und die Belastung für Menschen wird billigend in Kauf genommen. Auch wegen der erwähnten Abschottung der Stadt gibt es bereits heute eine stehende Kolonne auf der Rümlangerstrasse. Das ist egoistisch und unsolidarisch. Es ist höchste Zeit, dass sich Zürich um seine lokale Ausstrahlung Sorgen macht. Es gibt einige Massnahmen in diesem Zusammenhang, die auf breite Zustimmung stossen. Dies betrifft behindertengerechte Ausgestaltungen. Kapazitätssteigerungen der VBZ auf der Linie 32 sind positiv. Die Lichtsignalsteuerung ist ideologisch, weil sie angeschaltet ist, wenn dort überhaupt kein Bus verkehrt. Ob der geplante Rosengartentunnel gebaut wird, können wir nicht wissen. Wir wollen eine vernünftige Verkehrspolitik, die auch die Nachbargemeinden nicht übermässig belastet.

Markus Knauss (Grüne): *Es ist erstaunlich, wie wenig von den Milliardeninvestitionen des Bundes in der Stadt ankommen. Wir wollten die Erfolgsgeschichte der flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung fortsetzen. Der Vorschlag des Stadtrats ist nicht ziel führend und zu spät. Es geht darum, den Autoverkehrsanteil zu reduzieren. Wir sollten die Chance wahrnehmen. Die in der Gemeindeordnung verankerten Ziele werden dem Kantonsrat nicht schmackhaft gemacht. Wir sehen, dass die Motion nicht wie vorgesehen erfüllt wird. Der Stadtrat muss sich beim Kantonsrat engagierter dafür einsetzen.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Wir können zur Kenntnis nehmen, dass es bei dieser Weisung eine unheilige Allianz gibt. Derek Richter (SVP) will eine vernünftige Verkehrspolitik. Die Schnittmenge zwischen denjenigen, die den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen, wird sehr gering sein. Ich bitte Sie, sich den Vernünftigen anzuschliessen. Der Stadtrat informiert über die Massnahmen.*

Guido Trevisan (GLP): *Die SP hat gesagt, der Bericht könne nicht ernst genommen werden. Wir nehmen den Bericht ernst, auch wenn es sich um keine Meisterleistung handelt. Wir wollen nicht dramatisieren. Wir glauben, dass mit dem Bericht Machbares angegangen wurde. Der Stadtrat hat die machbaren Dinge eingeleitet. Würde man mehr Druck aufbauen, dann haben wir gesehen, dass wir Schiffbruch erleiden. Wir brauchen Augenmass und müssen schauen, dass die angekündigten Massnahmen umgesetzt werden. Diese Massnahmen nützen dem Verkehrssystem der Stadt.*

Hans Jörg Käppeli (SP): *Wir haben verschiedene Fragen zur Verkehrsmenge gestellt und haben keine konsistenten Zahlen erhalten. Im Zusammenhang mit dem Tram Affoltern gibt es die Aussage, dass keine Kapazitätseinbusse akzeptiert werden dürfe. Beim Rosengartentram gibt es eine konkrete Verkehrsmenge, die nicht überschritten werden darf. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das an der Wehntalerstrasse nicht möglich sein soll. Doppelgelenkbusse sind keine flankierende Massnahme. Dies befriedigt die Nachfrage. Die Perspektive beim Tram ist nicht erbaulich. Uns wurde eine Vorstudie versprochen, die noch immer nicht vorliegt. Die Situation ist inakzeptabel. Bis das Tram kommt, brauchen wir Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung.*

Anjushka Früh (SP): *Der tägliche Verkehr auf der Wehntalerstrasse ist kaum zumutbar. Der Stadtrat weigert sich, geeignete Massnahmen zu präsentieren. Unter keinen Umständen soll eine Kapazitätseinbusse für den motorisierten Individualverkehr in Kauf genommen werden, obwohl wir auf die Verkehrszahlen von 2012 zurückkommen müssen. Das entspricht dem politischen Willen der Stadtbevölkerung. Die vorliegenden Massnahmen grenzen an Arbeitsverweigerung. Es wird alles in schöne Worte gepackt, aber wir sehen nichts. Bereits bei der Eröffnung der Nordumfahrung hätten die flankierenden Massnahmen ausgearbeitet sein müssen. Ich bin keinesfalls gegen die jetzigen Massnahmen, aber sie sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Wir müssen dringend mit den Vorsondierungen für das Tram Affoltern anfangen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Die baulichen Massnahmen sind an die Umfahrung gekoppelt. In den nächsten Jahren wird es keine Kapazitätserhöhung geben. Die baulichen Massnahmen werden angepasst. Wir haben auch in der Kommission das Projekt Tram Affoltern diskutiert. Dieses kann nicht schnell umgesetzt werden. Deshalb haben wir klar die Buspriorisierung. Diese möchten wir vorantreiben. Wir brauchen eine schnelle Lösung. Wir können keine Wunder bewirken. Wir machen Fortschritte. In nächster Zeit wird es einige, wichtige Versammlungen zum Thema Tram Affoltern geben. Die Rah-*

menbedingungen des Kantons sind klar. Wir können sie diskutieren, aber wir müssen uns an sie halten.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsidentin Simone Brander (SP), Vizepräsident Derek Richter (SVP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Christina Schiller (AL)
Minderheit:	Andreas Egli (FDP), Referent; Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP)
Abwesend:	Marianne Aubert (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsidentin Simone Brander (SP), Vizepräsident Derek Richter (SVP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Christina Schiller (AL)
Minderheit:	Andreas Egli (FDP), Referent; Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP)
Abwesend:	Marianne Aubert (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Andreas Egli (FDP), Referent; Vizepräsident Derek Richter (SVP), Markus Hungerbühler (CVP), Stephan Iten (SVP), Thomas Kleger (FDP), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP)
Minderheit:	Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsidentin Simone Brander (SP), Pascal Lamprecht (SP), Christina Schiller (AL)
Enthaltung:	Markus Knauss (Grüne)
Abwesend:	Marianne Aubert (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Motion, GR Nr. 2012/246, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 13. Juni 2012 betreffend Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 28. September 2016

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2242. 2016/318

Postulat von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom 21.09.2016: Organisatorische Vereinfachung von Nutzungsänderungen in Schulen

Von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 21. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Nutzungsänderungen in Schulen organisatorisch vereinfacht werden können.

Begründung:

In den Stadtzürcher Schulen werden viele Räume heute mehrfach genutzt. In den Tagesschulen wird die Mehrfachnutzung von Räumen für den Unterricht und die Betreuung die Regel sein.

Heute müssen die Schulen in vielen Fällen ein Baugesuch stellen, wenn in einem Schulzimmer ein Kindergarten untergebracht werden soll oder wenn das Schulzimmer neu als Aufenthaltsraum genutzt werden soll.

Bei neuen Baugesuchen für ZM-Pavillons muss heute beim Einreichen des Gesuchs genau definiert werden, wie die einzelnen Räume genutzt werden sollen. Stellt sich nun vor der Inbetriebnahme des Gebäudes heraus, dass aufgrund der aktuellen Schülerzahlen im kommenden Schuljahr ein Kindergarten mehr und eine Schulklasse weniger geführt werden müssen, muss nochmals ein Baugesuch für eine Nutzungsänderung eingereicht werden.

Diese Regelung verursacht hohen administrativen Aufwand in den Kreisschulpflegen, der Immo, dem AHB wie auch im Amt für Baubewilligungen. Zudem wird die neue Nutzung durch das Verfahren und die Re-kursfristen verzögert. Da die Doppelnutzung von Schulräumen in Zukunft die Regel sein wird, ist die bisherige Trennung von Unterrichts- und Aufenthaltsräumen der Betreuung auch inhaltlich nicht mehr sinnvoll.

Es ist zu prüfen, ob die diversen schulischen Nutzungen innerhalb eines Gesuchs genehmigt werden können, zumal diese Raumnutzungen vom Kanton alle in der gleichen Kategorie Betrieb B08 eingestuft werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2243. 2016/319

Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) vom 21.09.2016: Verkehrspriorisierungssystem SESAM für VBZ-Fahrzeuge und Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung, Ersatz durch ein GPS-basiertes System

Von Marcel Bührig (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 21. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, Bericht zu erstatten, wie das bisherige Verkehrspriorisierungssystem SESAM durch ein neues GPS-basiertes System ersetzt werden kann, welches mithilfe der Position des Fahrzeugs,

die entsprechenden Signalanlagen umstellt. Dieses System soll auch für die Einsatzfahrzeuge von Stadtpolizei sowie Schutz & Rettung Zürich angewendet werden können.

Begründung:

Das heutige System SESAM, welches die Stadt Zürich für die Verkehrspriorisierung von VBZ-Fahrzeugen, sowie teilweise für die Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung nutzt hat vor allem im Bezug auf Rettungs- und Polizeifahrzeuge gewisse Nachteile. Damit ein Fahrzeug das Sesamsystem nutzen kann wird ein im Fahrzeug verbautes Gerät benötigt. Dieses wird durch das Überfahren einer strassenseitig montierten Anlage aktiv. Mit GPS und anderen modernen Lokalisierungstechniken gäbe es einfachere, und in der Wartung kostengünstigere, Möglichkeiten um eine Verkehrspriorisierung. Das bisherige System, welches für Rettungsfahrzeuge unpraktisch ist, könnte ersetzt werden.

Durch die konsequente Ausdehnung des Verkehrspriorisierungssystems auch auf Blaulicht-Fahrzeuge, könnte deren Einsatzzeiten («Auf-Platz-Zeiten») massiv verbessert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2244. 2016/320

Postulat von Markus Baumann (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 21.09.2016: Stärkere finanzielle Beteiligung der Zürcher Sportclubs GCZ und FCZ an der Fanarbeit sowie Umsetzung einheitlicher Präventionsmassnahmen

Von Markus Baumann (GLP) und Maleica Landolt (GLP) ist am 21. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er in Zusammenarbeit mit dem Verein Fanarbeit auf die FC Zürich AG und die Grasshopper Club Zürich AG einwirken kann, sich finanziell stärker an der Fanarbeit zu beteiligen und einheitliche Präventivmassnahmen umzusetzen.

Begründung:

Seit 2008 unterstützt der Kanton und die Stadt Zürich sowie die beiden Zürcher Sportclubs GCZ und FCZ, den Verein Fanarbeit mit einem jährlichen wiederkehrenden finanziellen Beitrag. Die Stadt Zürich sieht in der Arbeit ein wichtiges Präventionsmittel gegen Gewalt an Fussball-Veranstaltungen. Die Clubs beteiligen sich zur Zeit mit dem jährlichen Betrag von CHF 50'000 pro Jahr, gemäss den Richtlinien des Rahmenkonzepts des Bundesamtes für Sport. Dies entspricht dem jährlichen Minimumbedarf. Doch ist in Zürich die Ausgangslage mit zwei starken Fussballclubs anders als in vergleichbaren Städten und das Konzept kann nur als Ratgeber hinzugezogen werden.

Die Fanarbeitenden beider Fussballclubs sollen sich auf die organisierten Kurvenfans fokussieren und gemeinsame Strategien verfolgen. Insbesondere Projekte, die den ganz jungen Fans in den organisierten Fankurven gelten. Die aufsuchende Sozialarbeit ausserhalb der Fankurven soll den dafür vorgesehenen Fachorganisationen überlassen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2245. 2016/321

Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 21.09.2016: Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen

Von Andreas Kirstein (AL) ist am 21. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstatten, wie er die verschiedenen städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre entsprechenden Netzstrukturen institutionell neu ordnen möchte.

Begründung:

Nach dem Scheitern der Pläne zur Ausgliederung des ewz aus der Stadtverwaltung drängt sich eine institutionelle Auslegeordnung der verschiedenen Akteure in der Energieversorgung der Stadt Zürich auf. Diese Auslegeordnung soll Perspektiven für eine Zusammenführung der verschiedenen Mitspieler in der Stadtzür-

cher Energieversorgung und ihrer Netzstrukturen aufzeigen. Insbesondere ist dabei zu prüfen, wie Energie 360° AG rekommunalisiert und mit ewz, ewz Telecom, Zürich Wärme ERZ Entsorgung + Recycling Zürich zusammengeführt werden kann. Die strategischen Vorgaben von Art. 2ter der Gemeindeordnung (2000-Watt-Gesellschaft) und der Energiestrategie 2050 des Bundes sind hierbei zu berücksichtigen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2246. 2016/322

**Schriftliche Anfrage von Ursula Näf (SP) und Linda Bär (SP) vom 21.09.2016:
Polizeieinsatz anlässlich der Party vom 16. September 2016 beim Letten-Viadukt,
Ziele und Verhältnismässigkeit des Einsatzes sowie strategische Überlegungen
der Stadtpolizei zum Verhalten gegenüber nicht bewilligten Partys**

Von Ursula Näf (SP) und Linda Bär (SP) ist am 21. September 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am vergangenen Freitag, 16. September, fand am rechten Limmatufer auf beiden Seiten des Letten-Viadukts eine nicht-bewilligte Party statt, die von ungefähr 250-300 Personen besucht wurde. Kurz nach 2 Uhr war die Polizei mit einem grösseren Aufgebot vor Ort und räumte wenig später das Gelände unter Einsatz von einem Wasserwerfer, Tränengas und Gummischrot. Hinsichtlich dieses Polizeieinsatzes stellt sich die Frage nach der Verhältnismässigkeit des Vorgehens und den gewählten Einsatzmitteln. In einem weiteren Sinne geht es auch darum, wie die Stadt auf nicht-bewilligte Partys reagiert und wie sie mit dem Konflikt um die Nutzung des öffentlichen Raumes umgeht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Ziele lagen dem Polizeieinsatz zugrunde und wurden diese aus Sicht des Stadtrates erreicht? Wie beurteilt der Stadtrat den Polizeieinsatz in Sachen Verhältnismässigkeit?
2. Die Stadtpolizei hat den VeranstalterInnen eine Frist zur Beendigung der Party gestellt. Als diese Frist verstrichen war, forderte die Polizei die Partygäste auf, das Gelände zu verlassen. Dieser Aufruf war allerdings nur für einen kleinen Teil der Teilnehmenden hörbar, der weitaus grössere Teil der Menge erfuhren erst vom Polizeieinsatz, als die Räumung mit Wasserwerfer, Tränengas und Gummischrot bereits in vollem Gange war. Hätte nicht allen Anwesenden die Möglichkeit eingeräumt werden müssen, das Areal zu verlassen? Wie kann die Kommunikation in einem solchen Fall künftig verbessert werden? Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass das harsche Einschreiten der Polizei, zumal es die mehrheitlich friedlich feiernden Partygäste unvorbereitet traf, unangebracht war?
3. Der Einsatz von Gummischrot kann zu schweren Verletzungen führen, ein medial rege diskutierter Fall war jener einer jungen Frau, die an einer Tanzdemonstration im September 2013 in Winterthur mutmasslich aufgrund eines Gummischrot-Geschosses am Auge verletzt wurde. In welchen Situationen setzt die Stadtpolizei Gummischrot ein? Wie wird während eines laufenden Einsatzes geklärt, ob unter den gegebenen Umständen Gummischrot eingesetzt werden darf? Wie wird die Verletzungsgefahr durch Gummischrot gewichtet und in die Überlegungen einbezogen? War es aus Sicht des Stadtrates gerechtfertigt beim Einsatz von vergangenerm Freitag Gummischrot einzusetzen?
4. Während des Polizeieinsatz sollen gemäss Berichten von Beteiligten eine oder mehrere Personen in die Limmat gefallen sein. Hat die Stadtpolizei bei ihrem Einsatz berücksichtigt, dass sich die grosse Menschenmenge unter sehr engen Platzverhältnissen in unmittelbarer Nähe der Limmat befand? Wenn ja, wie wird dann gerechtfertigt, dass Tränengaspetarden mitten in die Menschenmenge geworfen wurden?
5. In einer Stadt treten natürlicherweise Konflikte zur Nutzung des öffentlichen Raumes auf. Wie positioniert sich die Stadt zwischen dem Interesse nach Ruhe und Ordnung und jenem nach nicht-kommerziellem Freiraum, auch im Stadtzentrum? Stellt der Stadtrat in jedem Fall die Nachtruhe Einzelner über das friedliche Feiern einiger Hunderter?
6. Wie wird sich die Stadtpolizei künftig gegenüber friedlichen nicht-bewilligten Partys verhalten? Welche strategischen Überlegungen liegen dieser Haltung zugrunde?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2247. 2016/126

SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marc Schlieper (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2016–2018

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 19. September 2016):

Pablo Bünger (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2248. 2014/38

Weisung vom 30.01.2014:

Volksinitiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen», Ablehnung

Das Büro des Gemeinderats schreibt die Weisung mit Beschluss vom 19. September 2016 ab.

Mitteilung an den Stadtrat

2249. 2016/144

Schriftliche Anfrage von Jonas Steiner (SP), Cordula Bieri (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 20.04.2016:

Lebenssituation der Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung in der Stadt («Sans-Papiers»), Angaben zu deren Lebensumständen und zur Wahrung ihrer Rechte

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 730 vom 7. September 2016).

2250. 2016/146

Schriftliche Anfrage von Peter Schick (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 20.04.2016:

Schadstoffbelastung des Grundstücks «Looächer» in Zürich Affoltern, bisherige Massnahmen nach den Untersuchungen in den Jahren 2000 und 2002 sowie Hintergründe zum Kauf des Grundstücks und zur Absicherung gegen mögliche Sanierungskosten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 758 vom 14. September 2016).

2251. 2016/158

Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) vom 11.05.2016:

Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 im Rahmen des 3. Agglomerationsprogramms, Beurteilung einer durchgehenden Elektrifizierung sowie Prüfung möglicher Alternativen, wie Nachtladung, Zwischenladungen oder einer teilweisen Elektrifizierung im Haltestellenbereich mit den entsprechenden Kostenfolgen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 737 vom 7. September 2016).

2252. 2016/174

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 18.05.2016:

Kundgebung «Nuit debout à Zürich» auf dem Bürkliplatz, Gründe, Bedingungen und gesetzliche Grundlagen für die kurzfristig ausgestellte Notbewilligung sowie Einhaltung der damit verbundenen Auflagen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 734 vom 7. September 2016).

2253. 2016/193

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) vom 01.06.2016:

Entwicklung und Bedeutung der Startup-Unternehmen in der Stadt sowie Beurteilung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 727 vom 7. September 2016).

2254. 2016/210

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 08.06.2016:

Einhaltung von Verkehrsregeln bei dringlichen Dienstfahrten, Grundsätze für Verzeigungen in und ausserhalb der Stadt und Angaben zu den Verzeigungen und Bussen in den letzten 5 Jahren

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 735 vom 7. September 2016).

Nächste Sitzung: 28. September 2016, 17 Uhr.